

# Deutsche Rundschau

in Polen

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatlich 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 16,00 Zł., monatlich 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatlich 7 Zł. Donau 8 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Anzeigenpreis:** Die 30 mm breite Reklamzeile 30 Groschen die 90 mm breite Reklamzeile 250 Groschen Danzig 20 bz 150 bz. Bei Deutschland 20 bzw 150 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag — Bei Blagowischtsch und Kiewerger 50%, Aufschlag — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Obergrenze 100 Groschen — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Verkaufsstellen:** Polen 202157 Danzig 2528 Stettin 1847

Nr. 269.

Bromberg, Mittwoch den 23. November 1927.

31. Jahrg.

## Regierungspresse und Minderheitenblock.

Bange machen gilt nicht.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 21. November. Am vergangenen Freitag haben die Beratungen der Vertreter der nationalen Minderheiten über die Bildung eines gemeinsamen Wahlblocks ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Der endgültigen Konstituierung hat die Stellungnahme der einzelnen nationalen Gruppen zu den in Warschau vereinbarten Grundrissen voranzugehen. Die weiteren Verhandlungen in Warschau dürften sich nur noch auf Detailfragen, u. a. auf die Verteilung der Mandate erstrecken. Dieses Einigungswerk, das nunmehr als zustande gekommen angesehen werden kann, soll dem Schutze derjenigen Rechte dienen, die den nationalen Minderheiten in der Verfassung des polnischen Staates gewährleistet worden sind. Nach den bisherigen Erfahrungen war allerdings damit zu rechnen, daß die polnischen Parteien, mit deren tätiger Beihilfe uns die bürgerliche Gleichberechtigung verbrieft worden ist, gegen diese Notgemeinschaft der völkischen Minderheiten eintreten werden. Wir wundern uns darum auch nicht über die Verdächtigungen der Nationalitäten vom Bischen der Chjena und der Piastenpartei, deren geistige Einstellung den Minderheiten gegenüber zur Genüge bekannt ist. Um so mehr muß es aber Wunder nehmen, daß auch rechtsgerichtete Kreise, die der Regierung nahestehen, die Bildung des Minderheitenblocks mit einem Kriegsgeschrei begrüßen. Zwei Artikel, die noch vor dem Zustandekommen des Einigungswerkes in der Regierungspresse erschienen, erregten begreiflicherweise in allen politischen Kreisen großes Aufsehen. Der eine erschien in dem der Regierung nahestehenden „Głos Prawdy“, der andere im halbamtlichen Organ der Regierung, der „Głos“, und beide enthielten ganz unerbittliche und durchaus unzweideutige Drohungen an die Adresse der Minderheiten, besonders der Juden, sofern sich diese unterziehen sollten, mit den anderen Minderheiten einen Wahlblock zu bilden.

Der „Głos Prawdy“ bezeichnete diesen Block als „ein Gebilde, das in gleichem Maße für die polnische Rasse, wie für die polnische Rechte widerwärtig wäre und in der ganzen polnischen Gesellschaft die Gefühle tiefer Abneigung wecken würde“. Nach dem Mainstream gehe es den nationalen Minderheiten — nach Ansicht des radikalen Volksföhrers — so gut, daß ein Block, wie er im Jahre 1922 bestanden hatte, heute keine Berechtigung habe und alle feitherrlichen Errungenschaften der nationalen Minderheiten, insbesondere der Juden, zunichte machen würde. (Wir empfehlen dem Schreiber dieser Phantasie einen Besuch am Krankenlager des Abgeordneten Franz. D. N.) Die Folge dieses Unsinns wäre — so sagt das Blatt mit einer besonderen Wendung an die Juden — daß in der Gesellschaft nationaldemokratische Pogromleute, nicht nur in den Reihen ihres Wählerkörpers zu Worte kommen würden.

Diese eigentümliche Tonart eines Blattes, in dessen Redaktion das jüdische Element recht stark vertreten ist, läßt sich nicht anders als durch eine von oben ergangene Weisung erklären. Die „Głos“, in deren Redaktion die Mitarbeiter jüdischer Abstammung die erdrückende Mehrheit bilden, hat ebenfalls an die Juden eine Warnung gerichtet, die von einem Geiste getragen ist, welcher sonst nur aus nationaldemokratischen Blättern zu wehen pflegt. „Die Erneuerung der „szesnastka“ kann nicht anders verstanden werden, denn als neuerlicher Angriff aller nationalen Minderheiten auf den polnischen Staat. (??!) Die staatlichen Behörden werden genötigt sein, daraus die Konsequenzen im Verhältnisse zu allen Bestandteilen dieses Bündnisses zu ziehen. Vor allem wird die Verantwortung auf die Juden fallen.“ Und dann weiter:

„Der Antisemitismus, welcher im unabhängigen Polen so bedeutend gewachsen ist... würde einen neuen Ansporn erhalten und vielleicht noch flammender ausbrechen, als nach der Wahl Jagiello.“ (Bei der Wahl in die IV. russische Duma wurde in Warschau mit Hilfe der jüdischen Stimmen der sozialdemokratische Kandidat Jagiello gewählt.)

Die beiden zitierten Artikel aus der Regierungspresse, insbesondere die Drohung der angeblich „liberalen“ „Głos“, haben eine von den Auftraggebern unbeabsichtigte Wirkung — und nicht allein auf Nationaljuden — auszuüben vermocht. In den Augen verschiedener jüdischer Kreise, welche keine jüdisch-nationale Bestimmung hegen und der Assimilation zuneigen, auch der jüdischen Kreise, welche schon ganz polnisch empfinden, jedoch die jüdische Stammesgemeinschaft nicht verleugnen, endlich sogar in den Augen solcher Zeitgenossen, die von jüdischen Eltern stammen, aber alles Jüdische in sich unterdrücken, weil sie sich als Christen fühlen, in den Augen aller dieser Elemente erschien das gegenwärtige Regime als eine Obrigkeit, bei der vieles möglich sei, die aber den Antisemitismus unter keinen Umständen dulden würde. Man male sich das Erstaunen über die plötzliche Wahrnehmung aus, daß gerade dieses Regime es sich leisten kann, den antisemitischen und nationalföhrerischen Erbes den Wind aus den Segeln zu nehmen, wenn es die momentane politische Taktik erfordert. Von solchen Taktiken gemeint, aber kläglich verfehlten Gelegenheitsarbeiten bis zur völligen Übernahme der Grundzüge aus dem Programm des „Obwiespol“ ist der Weg nicht mehr weit.

Dieser unverhofften Wirkung der an die Juden gerichteten Warnungsartikel mußte die offizielle polnische Linke Rechnung tragen. Daher sah sich der „Robotnik“ genötigt, zu den Drohungen der Regierungspresse Stellung zu nehmen. Das sozialistische Blatt schreibt nach einer heuchlerischen Verwahrung gegen den „Nationalismus“ der Minderheiten, wie folgt: „... Wir müssen jedoch feststellen, daß die Radikalisationen es nicht verstanden haben, die Probleme der nationalen Minderheiten in Polen in Wirklichkeit von der Stelle zu rücken, nicht zu reden

vom Mangel irgendwelcher ernsthafter Versuche einer wirklichen Lösung. Gegen was wir uns aber kategorisch verwahren müssen, das ist die Methode der Einschüchterung und Terrorisierung. Die polnische Demokratie hat mit diesen Methoden absolut nichts gemein. Die Artikel der „Sanierungsblätter“ erinnern an das Auftreten der „Dziś i jutro“ im Jahre 1922. Sie können einen dem beabsichtigten entgegengesetzten Erfolg haben; durch Drohungen beeinflusst man nur Feiglinge und Lumpen, und keinen anderen mehr...“

## Ukrainer und Minderheitenblock.

Erklärungen des Präses der „Ukrain“, Dymitr Lewicki, über den Minderheitenblock.

Der Präses der weitaus größten ukrainischen Gruppe, der „Ukrain“ (Ukrainische nationaldemokratische Partei), Dymitr Lewicki, erteilte dem Vertreter der „Głos“ ein Interview, in welchem der ukrainische Politiker einige interessante Mitteilungen über den im Werden begriffenen Block der nationalen Minderheiten machte. Der Block ist — so führte Lewicki aus — in seiner endgültigen Form noch nicht abgeschlossen. Es sind noch bedeutende Schwierigkeiten vorhanden, z. B. der Mangel einer Übereinstimmung zwischen den Zionisten des ehem. Königreichs Polen und den Zionisten Galiziens.

Indessen — so betonte Lewicki weiter — kann der Block auch ohne Teilnahme der galizischen Zionisten bestehen, schon deswegen, weil sich in Galizien die Ukrainer in kompakter Masse befinden. Da es aber in Galizien Gruppen gibt, welche sich am Block beteiligen wollen, könnte man einen Ausweg finden. Dadurch verliert aber der Block nicht seinen Charakter.“ Im weiteren bestätigte Lewicki, daß die Ukrainer unbedingt verlangen, daß in Lemberg ein ukrainischer Kandidat mit Hilfe der jüdischen Stimmen gewählt werde.

Über die Erteilung eines Mandates an die Deutschen in Galizien sagte Lewicki: „Wenn nach dem Zustandekommen des Blocks nach den endgültigen Berechnungen auf die Deutschen ein — und aus Galizien entfallen wird — werden sie dieses Mandat erhalten.“

Die Ukrainer allein rechnen auf 35—45 Mandate. Was die ukrainischen Parteien betrifft, welche die „Ukrain“ im Block vereint sehen möchte, so sind es: außer der „Ukrain“ die Sozialisten, die Radikalen und des „Selamisty Sojuz“ (die sozialistische Gruppe des Abg. Wainiucak).

Bezüglich der Nachwirkungen des Schwarzbard-Prozesses äußerte sich Lewicki wie folgt: „Die Verhältnisse sind noch gespannt. Die Nachklänge wegen der Ermordung Petluras sind noch in den Gemütern lebendig. Da aber der ukrainische Bauer kein Antisemit ist wäre es nicht unmöglich, ihm unsere Teilnahme am Block zusammen mit den Juden bis zu den Wahlen — erklärlich zu machen.“

## Reinigung der Atmosphäre.

Bartel über das künftige Parlament.

Warschau, 21. November. (Eig. Meldung.) Vizepremier Bartel meiste am Sonntag einige Stunden in Lemberg, wo er in seiner Privatwohnung Bücher und Zeichnungen, die auf ein von ihm demnächst herauszugebendes fachliches Werk Bezug haben, ausählte. Ein Vertreter der Agencja Wygodnia, der zum Vizepremier Zutritt fand, benutzte die Gelegenheit, ihn über allerlei Aktualitäten zu befragen. Der Vizepremier sagte, daß Sejm und Senat nicht mehr zusammenzutreten werden. Am 28. d. M. wird ein Dekret erscheinen, durch das Sejm und Senat aufgelöst werden. Der Wahltermin ist noch nicht genau bestimmt; jedenfalls werden die Wahlen im Februar 1928 stattfinden.

Was die persönliche betrifft — sagte weiter der Vizepremier — beschäftigt er sich nicht mit den Wahlen und werde es auch später nicht tun. Er werde weiter der Stellvertreter des Premiers und Leiter der wirtschaftlichen Politik der Regierung bleiben. Dieses Gebiet denke er nicht zu verlassen, denn trotz der Anleihe werde dieser Abschnitt noch lange eine sehr sorgsame Obhut erfordern. In den Sejm werde er nicht kandidieren; er sei nämlich der Ansicht, daß es zur Sanierung unseres Parlamentarismus beitragen würde, wenn möglichst wenig Personen aus dem alten Sejm und Senat in die neuen Körperschaften eingingen. Die Atmosphäre müßte gereinigt werden, daher mache er bei sich den Anfang und ziehe sich vom parlamentarischen Schauplatz zurück.

## Vorbereitungen zum Wahlkampf.

Warschau, 20. November. (Eigene Meldung.) Gestern fand im Sejmgebäude eine Konferenz der Vertreter der PPS und der Wyzwoleniepartei statt, die dem künftigen Wahlkampf gewidmet war. Die PPS war durch die Abgeordneten Barlicki, Puzak und Niedziakowski, die Wyzwoleniepartei durch die Abgeordneten Jagiello, Matkowski, Woznicki und Smola vertreten. Den Vorsitz führte Abg. Barlicki.

## Die „Chjena“ kommt diesmal nicht zustande.

Es scheint festzustehen, daß die Christliche Demokratie im Wahlkampf mit der Nationaldemokratie nicht zusammengehen wird. Auch die Christlich-Nationalen sehen sich nicht nach nationaldemokratischer Bundesgenossenschaft. Das Kollektivgebilde aus dem Jahre 1922, die „Christlich-nationale Einheit“ (Chjena) wird bei den nächsten Wahlen nicht wieder auflieben.

## Der „Regierungsblock“.

Nach Meldungen von verschiedener Seite wird in Regierungskreisen das Projekt eines sog. „reinen Regierungsblocks“ erörtert, welcher nicht einzelne Parteien, sondern alle Typen von Regierungsbündnissen umfassen soll. Dieser Block würde die Kandidatur aller Mitglieder der Regierung aufstellen, weiter die Kandidatur hervorragender regierungsfreundlicher Aristokraten und schließlich verdienter Pilsudskisten wie Stypczyński u. dgl.

## Der Oberste Rat der „Piast“-Partei.

Am Sonnabend haben in Warschau die Beratungen des Obersten Rates der „Piast“-Partei begonnen. Die Eröffnungssitzung hielt der Präses Witos, worauf Abg. Bobek die Frage der Vereinigung der Bauernparteien eingehend besprach und zu dem Schluß gelangte, daß eine solche Vereinigung nur auf Grund eines genau bestimmten politischen Programms, nicht jedoch unter dem Gesichtspunkte vorübergehender Wahlkombinationen zu erfolgen hätte. Der Redner ging dann zur Frage der Wahlstatistik der Partei über und entwickelte Thesen, über welche sich eine längere Diskussion entspann. Als im Laufe der Diskussion Bedenken über die Rechtmäßigkeit der Wahl des Hauptauschusses der Partei geäußert wurden, legten die Mitglieder des Hauptauschusses ihre Mandate nieder. Am nächsten Verhandlungstage, d. h. am Sonntag wurde der bisherige Präses Witos einstimmig wiedergewählt. In geheimer Abstimmung wurden dann die übrigen Mitglieder des Hauptauschusses gewählt, und zwar: zu Vizevorsitzenden der Sejmarschall Katak, Marcin Potoczek, Pawel Bobek, Jan Debicki, Leopold Skulski; zu Sekretären: A. Niedbalski und M. Michalczewicz; zu Mitgliedern: A. Sredniawski, M. Piastek, A. Wasilewski, W. Ostrowski, J. Pieniazek, S. Smietana, S. Dzielicki, A. Erdman, W. Kulicki, P. Sobczak, S. Ruka, J. Madejczak, W. Kiernik, P. Chwalicki, C. Chmielewski. Von Resolutionen, die beschlossen wurden, ist folgende hervorzuheben:

„Der Oberste Rat hält es für eine staatliche Notwendigkeit, auf dem Gebiet Obergaliziens, der östlichen Wojewodschaften sowie des östlichen Kleinpolens eine einheitliche polnische Front der Verständigung und der Zusammenarbeit aller polnischen Parteien bei den kommenden Wahlen in den Sejm und Senat — zu bilden.“

## Die Beratungen des Obersten Rates der „Nationalen Rechten“.

Am Sonnabend tagte auch der Oberste Rat der „Nationalen Rechten“. Den Vorsitz führte Fürst Janusz Radziwili. Man debattierte über die politische Lage und die Wahlstatistik. Zu Delegierten im konservativen Zentralkomitee wurden gewählt: Graf Józef Tarnowski, Fürst Janusz Radziwili und Józef Targowski, zu ihren Stellvertretern: der Redakteur des „Głos“ Dr. Beaupré, Dr. Solarski (Głos) und Karol Bolog-Antoniewicz.

## Debeh in Warschau.

Warschau, 22. November. (P.M.) Gestern Abend ist der amerikanische Finanzberater Charles Debeh in Begleitung seiner Gattin und seines Sohnes, sowie des Sekretärs Durand in Warschau eingetroffen. Auf dem Bahnhof wurde er u. a. vom Vizefinanzminister Grodynski, dem ersten Direktor der Bank Polska, Mieczkowski, und dem Präses der polnisch-amerikanischen Handelskammer begrüßt. In den Empfangsräumen des Bahnhofs stellte Vizefinanzminister Grodynski Herrn Debeh die zu seiner Begrüßung eingetragenen Persönlichkeiten vor, worauf sich Debeh zum Palais des Grafen Sobanski (Alie Ujazdowski 11) begab, wo er mit seiner Familie Wohnung nehmen wird.

## Auf gutem Wege?

Zum Fortgang der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Aus Berlin erhält der „Kurjer Poznański“ am 21. November folgende Meldungen: Die deutsch-polnischen Verhandlungen sollen in der zweiten Hälfte dieser Woche durch die Veröffentlichung einer Erklärung über den Wirtschaftsfrieden zwischen Deutschland und Polen beendet werden. Es soll das Ende des Zollkrieges und eine provisorische enge wirtschaftliche Verständigung mit gegenseitigen Kompensationen eintreten. Die Verständigung wird indessen nicht einem Fragment des Handelsvertrages gleichkommen. Die deutsche Regierung, die bis jetzt ihre Stellungnahme zu dem Vertragsabschluß mit Polen offiziell noch nicht formuliert hat, vermochte die polnische Regierung zur Unterhandlung über eine solche wirtschaftliche Verständigung zu bewegen. Von deutscher Seite gehen mit triumphierende Stimmen zu, die man kaum glauben kann, daß nämlich die polnische Regierung beabsichtigt, ohne einen regulären Vertrag abzuwarten, die Frage der Niederlassung Deutscher in Polen, sowie die Frage der Einreise und des Aufenthalts den Wünschen Berlins entsprechend zu erledigen. Deutschland ist seinerseits bereit, gewisse Kontingente von Schnitzholz und Kohlen zu gewähren. Die Frage der Ausfuhr von Vieh und Schweinen aus Polen nach Deutschland soll noch schlechter erledigt werden, als nach dem letzten Programm Verwalbs, dessenwegen sich bekanntlich die deutsch-polnischen Verhandlungen erschlugen. Deutschland ist nur mit einer Jahreseinfuhr von 200 000 geschlachteten Schweinen aus Polen einverstanden, die ausschließlich für deutsche Konserverfabriken bestimmt sind, die eine Monopolstellung erhalten sollen während Verwalbs darüber hinaus ein Kontingent von 3500 lebenden Schweinen wöchentlich für Oberschlesien vorgeschlagen hatte.



Eine weitere Berliner Meldung des selben Blattes vom 21. 11. lautet: Der gestrige „Tag“ beweist, daß ein Wirtschaftsvertrag mit Polen nur dann für Deutschland Bedeutung hat, wenn das Deutschum zu beiden Seiten der Grenze anscheinend geschäftig wird. Deutschland schließt mit Polen nur dann ein Wirtschaftsabkommen, wenn Polen anführt, das Deutschum in Großpolen und Pommern zu unterdrücken. Wirtschaftliche Vorteile spielen nach Ansicht des zitierten Blattes für Deutschland keine Rolle. Das Wichtigste ist, daß Deutschland, wenn es einen Handelsvertrag abschließt, seine Politik der Revision im Osten nicht preisgibt.

Endlich meldet das Posener polnische Blatt aus Berlin noch: Minister Strejann führt morgen aus Braunschweig nach Berlin zurück. Er wird morgen mit Direktor Jacekowski das Holzabkommen paraphieren, das dem Abschluß des Wirtschaftsprotokolls vorausgehen soll. In dieser Abmachung, die für die Deutschen günstig ist, verpflichtet sich Polen, den Ausfuhrzoll auf Rundholz aufzuheben. Deutschland ist bereit, die Einfuhr einer bestimmten Menge Schnittholz aus Polen zuzugestehen. Schon seit zwei Monaten bemühen sich sowohl die deutschen Holzhändler wie auch die Besitzer von Sägemühlen in Deutschland darum, daß die Grenzen für die Einfuhr von Holz aus Polen geöffnet werden, damit die Holzpreise in Deutschland heruntergehen und der Bedarf der deutschen Bauindustrie voll befriedigt werde.

Selbstverständlich ist diese Berliner Korrespondenz des „Kurjer Pogański“ vom ersten bis zum letzten Satz tendenziös gefärbt. Man braucht nur die bedauerliche Verstimmlung des Niederlassungsentsurfs zu kennen und sich die Wünsche des polnischen Holzhandels zu vergegenwärtigen, um die Tränen des nationaldemokratischen Berichterstatters richtig zu analysieren. Wenn nicht aufrichtige Freunde ihr Erzeuger war, so doch gewiß ein anscheinliches Krokodil.

Unser Standpunkt bleibt nach wie vor der gleiche: Niemand wünscht aufrichtiger als wir, daß die Verhandlungen zu einem für beide Seiten günstigen Ende führen. Dazu gehört aber — nicht zuletzt um wirtschaftlicher Ziele willen — daß man über dem Handel von Schwein, Rohle, Maschine und Seidenstrumpf nicht die Existenzsicherung des lebendigen Menschen vergißt. Daß man auch uns nicht vergißt. Es ist ein Grundriss, anzunehmen, daß die rein wirtschaftliche Verständigung die politische Atmosphäre notwendig entspannen muß. Man darf die Wirkung nicht der Ursache vorlegen. Wäre diese von gewisser Seite beliebte These richtig, so müßten wir Deutschen in Polen die heile Behandlung genießen. Denn trotz Polikrieg und unregelmäßigen Schweineverkehrs ist die deutsche Wirtschaft mit steigender Kurve und seit langem an führender Stelle in der polnischen Handelsbilanz vermerkt. Unsere Rechte jedoch rangieren durchaus an letzter Stelle, wenn man bei Liquidation und Annulation, bei der Auflösung des Deutschpolenbundes und der Durchbrechung der Genfer Konvention überhaupt von „Rechten“ sprechen darf. Zunächst der Freiheit eine Gasse! Der Freiheit des Menschen und seines Erbes. Die Schweine können ihr hinterher treiben, und die Seidenstrümpfe ziehen sich dann von selber an. Ohne diese Freiheit aber erbitten wir aus Breslau nur die Einfuhr von Flor. Von Trauerflor. Und das polnische Holz bleibt in diesem Falle gleichfalls besser im Lande. Zur Sargfabrikation.

Warschau, 22. November. (P.M.). Unter dem Vorsitz des Vizepremierministers Bartel fand gestern eine Sitzung des Wirtschaftskomitees des Ministerrats statt, in der man sich mit der Frage der deutsch-polnischen Verhandlungen über den Abschluß eines Wirtschaftsabkommens beschäftigte.

### Der belehrte Wolff.

Geringfügigkeit der Wirtschaftsverständigung polnischerseits.

Der Charlottenburger Nationalökonom Professor Julius Wolff, der in der Berliner Presse verschiedentlich für den bedingungslosen Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages eingetreten ist, — wobei er es leider oft an der nötigen Objektivität in der Beurteilung der polnischen Wirtschaftslage fehlen ließ und viele Dinge mit einem nur durch die Entfernung zwischen Charlottenburg und Warschau gerechtfertigten Optimismus ansah — hat unlängst eine Reise nach Polen gemacht und scheint hierbei seine Meinung in einigen Punkten stark korrigiert zu haben. In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Agencja Wschodnia“ äußerte er sich über seine persönlichen Eindrücke u. a. in folgender Weise:

## Den Truppen Lettow-Vorbeds entgegen!

Die Afrikafahrt des Marine-Luftschiffes „L. 59“ vom 16. bis 25. November 1917.

(Von unserem Marine-Mitarbeiter.)

Abgeschnitten von jeder Verbindung mit der Heimat stand die deutsche Schutztruppe in Ostafrika unter General von Lettow-Vorbed schon seit 14 Jahren in heißem Ringen gegen einen an Zahl und neuzeitlichem Kriegsgerät weit überlegenen Feind. Dazu hatten Kämpfer wie Träger nur zu oft unter der unzureichenden Verpflegung zu leiden. Immer knapper wurde die Munition für die Gewehre und die wenigen Geschütze; schwerer und schwerer wurden bei dem geringen Bestande an Heilmitteln die Europäer von der Malaria und anderen Tropenkrankheiten heimgegriffen.

Zwar hatten zweimal Handelsdampfer durch die feindliche Blockade hindurch den schwerbedrängten Kameraden wirksame Hilfe gebracht, aber leither waren die englischen Kreuzer noch mehr auf der Höhe. Das deutsche Reichskolonialamt beschloß daher, den waderen Kämpfern auf dem Luftwege Munition, Verbandstoffe und Arzneimittel, besonders das für den Europäer in den feberverkehten Gebieten Ostafrikas so unbedingt erforderliche Chinin zu senden. Die anfänglichen technischen Bedenken gegen eine solche Fernfahrt eines Luftschiffes wurden durch die bisher unerreichte Leistung des „L. 3. 120“ glänzend widerlegt, der im Juli 1917 ohne Zwischenlandung 101 Stunden über der Dürre gekreuzt hatte. Da zudem als Ausgangspunkt für die Afrikafahrt der im Herbst 1915 erbaute Luftschiffhafen Jamboli in Bulgarien benutzt werden sollte, wurde die Strecke wesentlich abgekürzt.

Von hier aus hatte im Sommer 1916 „S. L. Schütte-Lanz“ mehrere rühmliche Aufklärungsflüge über das Schwarze Meer unternommen, bis er im Juli 1916 zwischen Warna und der Donaumündung durch einen widrigen Sturm vernichtet wurde. Sein Nachfolger „L. 3. 101“ führte bald nach dem Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg eine erfolgreiche Vorstöße gegen Buzarest und Gallatz aus und bombardierte dann die feindliche Seeflugstation Wudros auf Lemnos, um dann, wie alle übrigen Heeresluftschiffe, zurückgezogen zu werden. So übernahm die Marine die Afrikafahrt.

Die schwierige Aufgabe wurde dem „L. 57“ übertragen, doch fiel dieses schon so oft unter seinem Kommandanten, Kapitänleutnant Bodholt, bewährte Marine-Luftschiff nach einer Probefahrt einer niemals aufgestellten Explosion zum Opfer. In Ermangelung eines anderen passenden Luft-

In beiden Ländern, Deutschland und Polen, hat die Verständigungsidee Fortschritte gemacht. (Der Überfall auf den Abg. Franz und die Fortsetzung der oberösterreichischen Schulprüfungen waren noch nicht bekannt. — D. A.) Seiner Meinung nach müßte Polen an der Frage des Handelsvertrages härter interessiert sein, als Deutschland. Denn wie die Statistiken beweisen, erlebten die Absatzmärkte, die Polen während des Polikrieges mit Deutschland gewonnen hat, auch nicht annähernd den deutschen Absatzmarkt. Die Transportschwierigkeiten und Frachtkosten nach diesen Märkten, die sich aus den bedeutenden größeren Entfernungen ergeben, ständen in keinem Verhältnis zu den Schwierigkeiten und Kosten, die bei der Ausfuhr nach Deutschland entstehen. Trotzdem konnte Professor Wolff während seiner Anwesenheit in Polen auf polnischer Seite eine gewisse Geringfügigkeit des wirtschaftlichen Wertes des Vertrages mit Deutschland feststellen, was ihm aus oben angeführten Gründen „unverständlich“ erscheint und seiner Meinung nach „auf falschen Voraussetzungen“ beruht.

Wenn Prof. Wolff in seinen weiteren Äußerungen trotzdem die Hoffnung auf eine Verständigung nicht fallen läßt, so beweist das nur den auf deutscher Seite stets konsequent betonten Verständigungswillen. Welchen „verheerenden“ Eindruck aber in Polen selbst das dauernde Werben um die Gunst des polnischen Verhandlungspartners gemacht hat, wie ungelassen diese falsche Taktik gerade den verständnisvolleren Kreisen in Polen kommen muß, davon hat sich Prof. Wolff nunmehr persönlich überzeugen können. Blindes Eifer schadet nur.

## Unsere Kinder — unsere Zukunft.

Der letzte Akt der deutschen Sejmfraktion.

Wie wir aus Warschau erfahren, haben die deutschen Abgeordneten in der vorigen Woche dem Herrn Ministerpräsidenten Marschall Pilsudski und dem Herrn Kultusminister Dobrucki ein Memorandum über die Neuordnung des deutschen Schulwesens in Polen überreicht.

## Rein Mordplan gegen Pilsudski.

Warschau, 21. November. Während einer Versammlung des Hauptvorstandes des Haller-Verbandes, die am vergangenen Donnerstag stattfand, drang die Polizei in das Versammlungslokal ein und verlangte, daß sämtliche Teilnehmer sich legitimieren sollten. Der Vorsitzende der Lemberger Bezirksgruppe des Haller-Verbandes, Eustachiewicz, wurde verhaftet. In seiner Warschauer Wohnung wurde eine Durchsuchung vorgenommen und die dort vorgefundenen Akten wurden der Untersuchungsbehörde übergeben.

Im Zusammenhange mit dieser Meldung brachte der „Kurier“ verfaßt sich die Sache wie folgt: „In der politischen Abteilung des Lemberger Untersuchungsamtes erschien am Montag, den 14. d. Mts., das Vorstandsmitglied des Lemberger Haller-Verbandes Alois Preis, ein Inhabant der Lemberger Filiale der „Bank Polska“. Er zeigte den Vorsitzenden des Haller-Verbandes in Lemberg, Eustachiewicz, an, der ihn zur Ermordung des Ministerpräsidenten Marschall Pilsudski zu überreden versucht hätte. Eustachiewicz habe bemerkt, daß er Preis, ein Fanatiker der Rechtsirrtümer gewesen sei und um bei ihm diese Stimmung zu steigern, sei seine Vereidigung erfolgt. Diese habe an einem Abend im Lokal der „Nationalen Einheit“ (Odwieczni) in der Coppernicus-Straße unter Inaugurierung geheimnisvoller Handlungen stattgefunden, die an die Zeremonien der Zogenerbrüder erinnerten. In einem dunklen Vorzimmer faßte ein Unbekannter Preis an der Hand und fragte ihn in feierlichem Tone, ob er der Sache dienen wolle. Nachdem Preis bejaht hatte, wurde er in ein anderes Zimmer geführt. Hier stand auf einem niedrigen Tischchen ein Krugzifir und es brannten zwei Lichter, bei deren Schein er eine schwarze Hülle mit zwei Öffnungen erblickte. Aus diesen Öffnungen leuchteten ihm irrendwelsche Augen entgegen. Es ertönte eine feierliche Stimme, die von Preis als die Stimme des Eustachiewicz erkannt wurde, der ihn zur Eidesleistung aufforderte. Den genauen Inhalt des geleisteten Eides vermag Preis nicht mehr anzugeben. In seiner Erinnerung sind nur die Schlussworte geblieben, in denen die Rede ist von der „Todesstrafe wegen Verrats der Geheimnisse

des Verbandes zur Verteidigung des Glaubens und des Vaterlandes.“

Nachdem Eustachiewicz zum Vorsitzenden des Haller-Verbandes gewählt worden war, d. h. zu Beginn dieses Jahres, wurden zwischen Eustachiewicz und Preis häufige Gespräche über die Anwerbung von Leuten geführt, die zur Abrechnung mit der gegenwärtigen Regierung benötigt wurden. Als den Kulminationspunkt dieser Unterhaltungen bezeichnete Preis ein Gespräch, das Mitte Februar d. J. vor einem Legionärenbegräbnis im Lokal der „Nationalen Einheit“ stattgefunden hat. Eustachiewicz richtete damals an Preis die Frage: „Könnten Sie sich wohl der Sache annehmen und Pilsudski ermorden?“ Preis hat den Vorschlag mit Entrüstung abgelehnt; beide gingen auseinander, ohne sich die Hand gereicht zu haben. Seit dieser Zeit will Preis eine Antipathie gegen Eustachiewicz gehabt haben. Gleichzeitig trat eine Änderung in seinen politischen Ansichten ein. Das Endergebnis dieser Änderung ist die gegenwärtige Aneignung bei der Polizei.

Die sensationelle Meldung des Krafauer „Kurjer Noworanny“ begegnet in Warschau und wohl auch anderswo einem begreiflichen Mißtrauen. Die Warschauer Untersuchungsbehörden bestätigen diese Version nicht. Die halbamtliche „Epoka“ schreibt, daß die Krafauer Meldung als ein Klatsch zu behandeln sei, und daß der verhaftete Eustachiewicz nur verdächtig wird, in enger Beziehung zu der Flugchrift über General Zagorski zu stehen. Die Warschauer Zeitung „ABC“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem stellvertretenden Chef der Untersuchungsabteilung, der ebenfalls erklärte, daß den Behörden von einem Anschlag auf das Leben des Marschalls Pilsudski und von der Teilnahme des verhafteten Eustachiewicz an einem derartigen Plan nichts bekannt sei. Eustachiewicz wurde dem Lemberger Untersuchungsgefängnis zugeführt.

## Aus anderen Ländern.

Der neue britische Vertreter beim Völkerbund.

London, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) Zum Führer der britischen Delegation bei den Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskonferenz wurde Lord Cushendun ernannt. Lord Cushendun ist gleichzeitig zum ständigen Vertreter Großbritanniens beim Völkerbund ernannt worden.

Die sozialistischen Minister verlassen das belgische Kabinett.

Brüssel, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) Für die aus dem belgischen Kabinett ausscheidenden sozialistischen Minister werden voraussichtlich die liberalen Janson und Lippens und die Christlich-Demokraten van Duerberg und Heymann in die Regierung eintreten.

## Schwere Schneestürme über Dänemark.

Kopenhagen, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) Über ganz Dänemark geht seit gestern ein schwerer Schneesturm nieder, der ständig zunimmt. Der Abendzug von Breslau nach Horsens ist im Schneesturm in einer Schneegrube stecken geblieben und mußte ausgegraben werden. Auch der nächste Zug konnte die Strecke nur mit Mühe passieren. In allen Häfen sind die Sturmflutgefahr, da die Schifffahrt in den dänischen Gewässern gefährdet ist. Das Kopenhagener meteorologische Institut meldet Windstärke 8, doch laufen von der Küste teilweise Orkanmeldungen ein. Gestern vor-mittag ist der aus Stettin kommende Zweimaster „Gint“ untergegangen. Die Bemannung konnte sich im Rettungsboot retten. In der Küste von Neu-Schleswig wurden schwere Überschwemmungen hervorgerufen. Im Hafen von Sonderburg steht das Wasser 1,15 m über normal und hat bereits mehrere Straßen der Stadt überschwemmt. Aus Esbjerg an der Westküste von Jütland wird gemeldet, daß der Storkan das Wasser aus dem Hafenbecken getrieben hat. Der Wasserspiegel ist so stark gesunken, daß mehrere Schiffe auf Grund geraten sind. Wie verlautet, soll der norwegische Dampfer „Sigga“ im nördlichen Kattegatt mit zehn Mann Besatzung untergegangen sein. In Horsens brach gestern ein Postgebäude im Sturm zusammen und begrub einen Arbeiter unter sich. Der Sturm hält an.

Auch von der Küste Belgiens und der Nordwestküste Frankreichs und aus Spanien werden schwere Unwetter gemeldet.

Schiffes wurde der 196 Meter lange „L. 3. 104“ auf der Werft Staaken um 30 Meter verlängert und eigens für die Afrikafahrt so umgebaut, daß alle seine Einzelteile nach der Zerlegung durch die Schutztruppe verwendet werden konnten. Der Stoff der Hülle sollte teils als Mullbinden für Verbandszwecke dienen, teils zu Tropenuniformen und Zelbstbahnen umgearbeitet werden. Die Bombenabwurfvorrichtungen des nunmehr „L. 59“ benannten Luftschiffes wurden abgebaut und an ihrer Stelle Lagerräume für die mitzunehmenden 30 Maschinengewehre sowie für die zahlreichen Patronen angebracht. Die Funktion war so eingerichtet, daß sie nach der Landung in Ostafrika als Landstation weiter verwendet werden konnte. Die 22 Mann starke Besatzung des „L. 57“, die dem Unglücksfalle entgangen war, trat auf das umgebaute Luftschiff über, der Kommandant, Kapitänleutnant Bodholt, sollte dem General von Lettow-Vorbed auch den Orden Pour le mérite überbringen.

Anfang November 1917 wurde das Luftschiff von Staaken nach Jamboli übergeführt. Die Fahrt, an der auch als Sachverständiger der später so berühmte gewordene Führer des „L. 3. 126“, Dr. Hugo Eckener, teilnahm, war vom Weiter nicht gerade begünstigt, trotzdem wurde die Strecke, zu der der Ballonflug damals über 72 Stunden gedauerte, in 28 Stunden zurückgelegt. Die Lage der Schutztruppe in Ostafrika war inzwischen immer bedrohlicher geworden. General von Lettow-Vorbed wurde gegen die portugiesische Grenze zurückgedrängt. Höchste Eile war daher geboten. Jeder Tag war von besonderer Bedeutung. Als Ziel wurde für „L. 59“ das Hochland von Maconde bestimmt.

Trotz des gerade nicht günstigen Wetters verließ Kapitänleutnant Bodholt am 16. November Jamboli; um den feindlichen Fliegern im Ägäischen Meere zu entgehen, wählte er der Wea längs der Westküste des Schwarzen Meeres über Panderma am Marmara-Meere, um dann der kleinasiatischen Eisenbahn nach Smyrna zu folgen. Da wegen der regen Spionage im Orient die türkischen Dienststellen über die Fahrt nicht unterrichtet waren, wurde das Luftschiff schon bald von Tunnel- und Brückenwachen mehrfach beschossen, zudem geriet es am 17. November in ein schweres Gewitter, so daß es in der Abenddämmerung in der Gegend Al-Hissar umkehren mußte. Am nächsten Tage erreichte es trotz mancher Rähnisse über Konstantinopel den Ausgangshafen wieder. Glänzend hatte das Luftschiff bei dieser Sturmfahrt seine Leistungsfähigkeit selbst unter den widrigsten Verhältnissen erwiesen.

Nachdem die nötigen Ausbesserungen vollzogen waren, trat „L. 59“ am 21. November wieder auf. Die türkischen

Truppen waren diesmal von der Fahrt benachrichtigt worden, das gefährliche Schwarze Meer wurde gemieden. Über Adrianopel und Rodosto erreichte das Luftschiff die Insel Marmara und fuhr dann über Panderma der Eisenbahn entlang bis Smyrna, wo die deutschen Flugzeuge die Sicherung gegen die feindlichen Flieger übernahmen. Als dann ging es über die Insel Kos, mitten in einem schweren Gewitter an der Südspitze von Kreta vorbei nach der afrikanischen Küste, die am Bufen von Solum erreicht wurde. In der libyschen Wüste wurden die Oasen Farafra und Dachel überflogen, unweit des 3. Kataraktes ging es bei Wadi Haifa über den Nil und dann durch die Bejuda-Steppe auf Chartum zu, vor dem jedoch wegen der englischen Besatzung auszuweichen wurde. Weiter flog das Luftschiff über den Sudan dahin, schon weilten die Gedanken der kühnen Luftfahrer bei ihren Kameraden, von denen sie nur noch zwei Tage-reisen entfernt waren, als am 23. November gegen Mitternacht von der 4500 Meter entfernten Funktionation Nauen der Fernspruch des Admiralsabtes aufgefunden wurde: „Zweiter Stützpunkt Lettow-Vorbeds, Revala, verloren gegangen. Sofort umkehren!“

Es war ein schwerer Entschluß, den der Kommandant kurz vor dem Ziele zu fassen hatte. Aber militärisch hatte eine Weiterfahrt keine Bedeutung mehr, als Soldat mußte er gehorchen. Nach nicht geringen Rähnissen durch mehrere Gewitter und Stürme, sowie nach starken Strapazen der Besatzung, die hauptsächlich durch die gewaltigen Temperaturunterschiede in den Tropen und auf dem Balkan um diese Jahreszeit herbeigeführt wurden, traf „L. 59“ am 25. November wieder in Jamboli ein. Das Luftschiff hatte in 95 Stunden bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 71 Kilometern in der Stunde insgesamt 6757 Kilometer zurückgelegt, mithin eine Gesamtstrecke, die größer ist als der Weg von Jamboli nach dem Südrande von Deutsch-Ostafrika. „L. 59“ hatte bei seiner Rückkehr noch Brennstoff für weitere 64 Stunden an Bord.

War auch das eigentliche Ziel nicht erreicht worden, so konnte die tapfere Besatzung doch auf eine gewaltige Leistung zurückblicken, die auch von den Engländern voll und ganz gewürdigt worden ist. „L. 59“ wurde bald nach seiner Rückkehr nach Friedrichshafen überführt und kehrte nach dem Umbau zu einem Angriffs-Luftschiff nach Bulgarien zurück. Nachdem es einen erfolgreichen Vorstoß auf Napel ausgeführt hatte, wurde es bei einem zweiten Angriff auf Sizilien in der Straß von Otranto durch ein feindliches Unterseeboot brennend zum Absturz gebracht, wobei die gesamte ruhmreiche Besatzung den Heldentod starb. Ehre ihrem Andenken! Im.











# Der Kampf um Elternrecht und Kinderseelen.

## Genfer Konvention und Genfer Fehlsprüche.

Als im März dieses Jahres die völlig eindeutige Bestimmung der Genfer Konvention über den freien Elternwillen bei der Einschulung von Kindern in ober- und untere Minderheitsgruppen unter dem Vorbehalt eines bestimmten Nationalitätsprinzips, „aus politischen Gründen“, nur für dieses eine Mal im Völkerbundrat bekräftigt wurde, haben wir unverzüglich — als man in Rottweil noch schamhaft schwiege oder sogar gratulierte — auf die Gefahren dieser Abkehr vom „rechten“ Wege hingewiesen. Auch der nach außen hin bekannt gegebene Grund, daß man „die armen Seelen der Kinder nicht noch länger der Ungewissheit ausliefern konnte“, vermochte uns nicht zu überzeugen. Ein Rechtsgrundsatz aus dem Haag wäre gewiß schneller zu beschaffen gewesen als das Prüfungs-ergebnis des Herrn Maurer, der — ohne eine Abmahnung von der polnischen Sprache und dem wappensprachigen Dialekt zu haben — bei 7000 Kindern festzustellen hatte, ob sie besser deutsch oder polnisch sprachen und ob man gegebenenfalls ihre Seelen gemäß dem Willen der Eltern in den deutschen Kulturkreis aufnehmen, oder — entgegen diesem Willen — zwangsweise der polnischen Welt ausliefern sollte.

Wir haben ehrlich gewarnt, nicht die schmerzliche Genugtuung erfahren zu müssen, daß unsere Beschränkungen, die wir unmittelbar nach dem unglücklichen Genfer Kompromiß eingebracht haben, so bald zur Wahrheit geworden sind. Wer aus politischen Gründen den klaren Rechtsboden verläßt, entscheidet sich notwendig für eine Politik der schiefen Ebene. Die Gerechtigkeit ist nicht nur das Fundament der Königs- reich, sondern auch das der Republik. Nicht zuletzt aber das Fundament des Völkerbundes, dessen nächste Entfaltung in der Frage der ober- und untere Minderheiten unter dem Vorbehalt eines bestimmten Nationalitätsprinzips, während bei der unglücklichen Kompromißabmachung am 12. März ein Deutscher präsidierte.

Am „Oberschlesischen Kurier“, dem Organ der deutschen katholischen Volkspartei, wird das ober- und untere Minderheitenproblem gelegentlich der jüngsten Entscheidung des Herrn Urutia aus Columbia — genau so wie wir dies bereits im März getan haben — historisch aufgearbeitet und sachlich analysiert. Wir glauben unseren Lesern, vor allem aber den deutschen Kindern in Ost-Oberschlesien — unsere eigenen Kinder können sich nicht einmal auf die Genfer Konvention berufen — die Wiedergabe dieser klaren Ausführungen schuldig zu sein.

### Die Schriftleitung.

Das Genfer Abkommen über Oberschlesien wird oft als Muster für die Regelung der rechtlichen Seite des Minderheitenproblems hingestellt. Insbesondere hat die Schulfrage im Genfer Abkommen formell eine so vorzügliche Lösung gefunden, daß wir Oberschlesier nicht selten von den Minderheitsgruppen anderer Länder darum beneidet werden. Es war ja auch selbstverständlich, daß man in den Verhandlungen, die zum Abschluß des Genfer Vertrages vom 15. Mai 1922 führten, auf die Schulfrage das größte Gewicht gelegt und die diesbezüglichen Bestimmungen so eingehend und klar umschrieben hat, weil man damit den besonderen Verhältnissen der hiesigen Bevölkerung und ihrer Sprache Rechnung tragen wollte. Deshalb wurde jener Artikel 131 geschaffen, der bestimmt, daß die Einschulung der Kinder einzig und allein von der Erklärung der Erziehungsbehörden abhängt. Aus dem gleichen Grunde wurde in Artikel 74 des Genfer Abkommens festgelegt, daß die Behörden die Erklärung der Angehörigkeit zur Minderheit weder bestreiten noch nachprüfen dürfen. Der Grundsatz, daß die Angehörigkeit zur Minderheit ausschließlich von der Erklärung der Betroffenen abhängt, und das Verbot jeder Nachprüfung dieser Erklärung durch die Behörden ist das Fundament, auf dem sich jeglicher Versuch einer Gestaltung des Minderheitenrechts aufbauen muß. Es entspricht dem Naturrecht, daß jeder Mensch seine kulturelle Einstellung allein von seinem Gewissen aus zu prüfen und zu entscheiden hat, ohne daß der Staat sich in diese inneren Angelegenheiten zu mischen hätte. Jede andere Einstellung entspricht der Aufassung des modernen Heidentums, welches dem Staate unumschränkte Macht gibt und nicht anerkennen will, daß jegliche Gewalt auf Erden, auch die des Staates, ihren Ursprung in Gott hat und durch die göttlichen Gebote beschränkt ist. Durch das Schulkompromiß vom 12. März 1927 ist dieser Fundamentalsatz, der die Grundlage der Bestimmungen über das Schulwesen im Genfer Abkommen darstellt, erschüttert worden.

Die Vorgeschichte des Genfer Schulkompromisses ist ja bekannt. Obwohl die Rechtslage nach Text und Sinn des Genfer Abkommens so klar festliegt, wie nur irgend denkbar, hat die deutsche Regierung auf der Frühjahrstagung des Völkerbundes diesem Kompromiß zugestimmt, laut welchem der Streitfall dadurch erledigt werden sollte, daß ein Schweizer Schulsachverständiger damit betraut wurde, die Kinder zu prüfen, ob sie die deutsche Sprache genügend beherrschten. Dadurch ist der Rechtsboden verlassen und das Recht, wenn auch nur für einen Ausnahmefall, gebogen worden. Jedes, auch das geringste Abweichen von dem Recht aber ist ein Unrecht, welches oft erst in seinen Auswirkungen als solches deutlich erkannt wird. Wenn man einmal die schiefe Ebene betritt und mit dem Unrecht paktiert, so gibt es kein Halten mehr bei der Fahrt in den Abgrund.

Die Annahme des Genfer Schulkompromisses unter Zustimmung der deutschen Regierung mußte in der ober- und untere Minderheitenbevölkerung sofort schärfsten Widerstand hervorrufen. Und noch schilt man uns heute, weil wir schon damals in Erkenntnis der unheilvollen Tragweite des Mißvertrages gegen die ungeheure Mißachtung des im Genfer Abkommen verbrieften Elternrechts protestiert haben. Man wirft uns Unerschlossenheit in politischen Dingen

vor, weil wir den Mut hatten, der ober- und untere Minderheitenbevölkerung klaren Wein einzuschütten und es mit unserem Gewissen nicht vereinbaren konnten, daß man sich anschickte, mit den Seelen unserer Kinder Handel zu treiben. Umso mehr halten wir es für angebracht, heute festzustellen, daß es gerade die Anhänger und Führer der Deutschen katholischen Volkspartei waren, die es mit Entschiedenheit zurückwiesen, daß mit Kinderseelen und Elternrecht, wie es klarer und deutlicher nicht umschrieben sein kann, Kompromiß gemacht werden dürfe.

Man hat das Genfer Kompromiß mit der Begründung verteidigt, daß man die Sache habe beschleunigen wollen, um wenigstens einen Teil der Kinder sofort in die Schule überführen zu können und um die im Schulstreit befindlichen und mit hohen Strafen belegten Eltern aus ihrer bedrückten Lage zu befreien. Ja, man hat erklärt, daß die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien mit dieser Lösung der Schulfrage einverstanden gewesen sei. Wie falsch gerade diese Ansicht war, haben wohl die folgenden Monate gezeigt.

Ein Lichtblick in dem Genfer Kompromiß schien uns noch der Umstand zu sein, daß die Vereinbarungen ausdrücklich nur für einen Ausnahmefall Geltung haben sollten, also nur für die Kinder anzuwenden waren, für die im Sommer 1926 die Anträge auf Aufnahme in die deutschen Minderheitsgruppen gestellt worden waren. Das war die Auffassung des gesamten Deutschentums, wie sie auch in der Rede des Sprechers des Deutschen Klubs des Schlesischen Seins, Dr. Pant, anläßlich der Budgetdebatte am 29. März d. J., zum Ausdruck kam. Dr. Pant präzisierte den Standpunkt der deutschen Minderheit zu dem Ergebnis der Genfer Beratungen dahin, daß der Beschluß des Völkerbundes vom 12. März d. J. die Bestimmungen der Genfer Konvention in keiner Weise ändere, da er ausdrücklich anerkennt, daß einzig und allein die Eltern darüber zu entscheiden haben in welche Schule ihre Kinder gehen sollen. Der Vorsitzende des Deutschen Klubs hat ausdrücklich festgestellt, daß das Genfer Kompromiß „sich nur auf diesen einen Fall, den Jahrgang 1926/27, beziehe. Es habe keine Bedeutung für die Zukunft. Falls im nächsten Schuljahr von Seiten der polnischen Schulbehörde ähnlich vorgegangen werden sollte, wie im vergangenen Schuljahr, falls die Rechte der deutschen Eltern, die in der Genfer Konvention garantiert seien, abermals verweigert werden sollten, würden die Deutschen gezwungen sein, sich wiederum an die internationalen Instanzen zu wenden mit der Bitte, die rechtliche Seite dieser Frage zu entscheiden.“

Diese Erklärung des Vorsitzenden des Deutschen Klubs des Schlesischen Seins, Dr. Pant, deckte sich mit der Auffassung des deutschen Außenministers Dr. Stresemann, der bei der Annahme des Kompromisses zugleich in seiner Eigenschaft als Präsident des Völkerbundes die Erklärung abgab, daß die getroffene Regelung nur für den vorliegenden Fall gelte, unter Wahrung der allgemeinen Rechtslage, wie sie im Artikel 131 des Genfer Abkommens bekräftigt sei.

Aber schon die Tatsache, daß der Wojewode Dr. Gra- czynski auf die Erklärung Dr. Pantis seinerzeit gar nicht eingegangen ist, hat zu Bedenken Anlaß geben müssen. Die Behauptungen verkehrten sich, als gleichzeitig in der polnischen Presse die Behauptung aufgestellt wurde, daß das Genfer Kompromiß eine dauernde Abänderung des Artikels 131 des Genfer Abkommens darstelle und auch für die Zukunft, zunächst also für das Schuljahr 1927/28, weiter Geltung habe.

Zunächst eine Anerkennung für die polnische Diplomatie unter geschickter Veranlassung und Benutzung der internationalen Instanzen wurde von polnischer Seite der Schritt vorbereitet, um die Weitergeltung des Kompromisses und den Bruch des Genfer Abkommens mit einem formalen Mantelchen verkleidet durchzuführen. In dem Schulkompromiß heißt es nämlich wörtlich:

Eine solche Kontrolle (Sprachprüfung) kann auch erfolgen im Falle von Reklamationen von Kindern, die erst nachträglich (posteriorerement) von den Erziehungsbehörden verlangt werden.

Dieser Satz bezieht sich und kann sich nach den klaren Darlegungen des Berichterstatters Urutia und der Erklärung des deutschen Außenministers Stresemann nur beziehen auf solche Schulanmeldungen, die etwa noch im Laufe des Schuljahres 1926/27 nachträglich erfolgen sollten, aber eben nur für dieses Schuljahr. „Nachträglich“ bedeutet etwas anderes als „für die Zukunft“. Die polnische Regierung hat nun den Ausdruck „nachträglich“ — „für die Zukunft“ ausgesetzt und sich mit den Völkerbundsstellen, insbesondere mit dem Berichterstatter in der ober- und untere Minderheitenbevölkerung vom März d. J., Herrn Urutia aus Columbia, in Verbindung, der gemäß dem Kompromiß auch berufen war, Zweifel, die aus den getroffenen Vereinbarungen entstehen könnten, auszuheben. Obwohl in den Bestimmungen des Kompromisses nicht vorgesehen war, daß der Berichterstatter Urutia bei der Auslegung von Zweifeln die Auffassung der beiden anderen Mitglieder des Dreier-Komitees, der Reichsvertreter Italiens und Hollands zu hören hat, holte Herr Urutia trotzdem die Meinung dieser beiden Herren ein, die beim Abschluß des Kompromisses

mitbeteiligt waren. Der brave Columbianer scheint also wenigstens die Einsicht gehabt haben, daß seine Autorität allein doch nicht genüge, Hunderte von Kindern gegen den Elternwillen einem Sprachspruch preiszugeben. Leider langte die Einsicht oder der gute Wille des Columbianers aber nicht so weit, die Entscheidung dem Völkerbundrat zu überlassen, wozu ihm nach dem Schulkompromiß die Möglichkeit ausdrücklich geboten war. Dann wäre nämlich die Sache vorher in der Öffentlichkeit behandelt worden; es scheint aber, daß gerade das den Kreisen, die hier ihr Spiel getrieben haben, nicht erwünscht war. So entschied Herr Urutia, daß auch der Jahrgang 1927/28 einer Sprachprüfung unterzogen werden kann. Dieser Beschluß wurde dem Präsidenten der Gemischten Kommission, Herrn Calonder, übermittelt, auf dessen Anordnung Maurer die Prüfungen seit Mittwoch abhält.

Betrachten wir einmal das System der Sprachprüfungen des Schulsachverständigen genauer. Die in dieser Beziehung gesammelten Erfahrungen, sowohl, was man uns aus Kreisen der Bevölkerung zugehen hat, als auch das, was uns von zuständiger Stelle bestätigt wurde, zeigen uns, wie unsinnig die Grundlage des Genfer Kompromisses ist.

Herr Maurer kommt aus der Schweiz. Abgesehen davon, daß der Unterschied zwischen dem Schweizer Deutsch und dem ober- und untere Minderheiten Dialekt für Schulanfänger besonders schwer ins Gewicht fällt, mag der Schulsachverständige vielleicht feststellen können, daß ein Kind mangelhaft deutsch spricht. Er kann aber nicht erkennen — Maurer spricht nicht polnisch — daß daselbe Kind ebenso schlecht, oder noch schlechter polnisch versteht oder spricht. Wir erparen uns heute, Proben der Sprachprüfungen wiederzugeben. Aber eines möchten wir noch feststellen, daß die pädagogischen Erwägungen, die man für das Kompromiß ins Feld führte, hier in ihrer ganz unnerhüllten Dürftigkeit erscheinen.

Noch eine Frage ist es, die uns Anlaß zum Nachdenken gibt. Es ist dies die sonderbare Beschleunigung, mit welcher das Verfahren von den beteiligten Völkerbundsorganen eingeleitet und durchgeführt wurde. Bereits am Mittwoch, den 16. November haben die Prüfungen der über 700 Kinder durch Herrn Maurer auf Anordnung des Präsidenten Calonder begonnen, obwohl es so nicht zwei oder gar drei Jahre dauert, bis eine Stellungnahme von Herrn Calonder erteilt. Es sei hier nur an die Beschwerde des Deutschen Völkerbundes in der Angelegenheit des Königsbutter-Bycums erinnert, die der Gemischten Kommission bereits drei Jahre vorliegt und immer noch ihrer Entscheidung harret. Wir müssen bekennen, daß wir und mit uns die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien das sehr bitter empfinden, da in der Zeit bis zum Erlaß der Stellungnahme alles verloren gehen kann. Für die Eltern bedeutet es nach langer Zeit natürlich einen schweren Einschnitt, dann, nach erfolgter Stellungnahme der Gemischten Kommission, das jahrelange polnisch unterrichtete Kind wieder in die deutsche Schule zu schicken, ganz abgesehen davon, daß die deutschen Eltern durch das jahrelange Warten entmutigt werden und überhaupt keine Beschwerden mehr zu erheben wagen. Vierzigtausend deutsche Schulanfänger lagen trotz des Terrors im Jahre 1923 der polnischen Schulbehörde vor; zwanzigtausend Kinder sind erst in den deutschen Schulen untergebracht. Viele Zahlen bedürfen keiner Erläuterung, denn sie beweisen, wie erfolgreich man die Verschleppmanöver vollziehen konnte.

Ein deutsches Blatt in der Wojewodschaft hat versucht, sein Schweigen mit der Rücksichtnahme auf die gesamtpolitische Situation zu begründen, in der sich Polen und Deutschland gegenwärtig befinden. Es gibt Kreise, in denen tatsächlich noch Unklarheit darüber besteht, ob der Politik oder der Wirtschaft der Vorrang gebührt. In rein innerpolitischen Angelegenheiten könnte man darüber noch streiten; für die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien ist aber die Linie klar vorgezeichnet. Rücksichten auf die allgemeine politische Situation, insbesondere auf die Handelsvertragsverhandlungen dürfen in diesem Falle keine Rolle spielen. Wir jedenfalls können eine Politik nicht unterstützen, welche versuchen würde, wirtschaftliche Erwägungen in Beziehung zu setzen zu Fragen, wo es um unveräußerliche sittliche Rechtsansprüche und um die Seelen von Tausenden von Kindern geht. Auf Verheißungen und Hoffnungen lassen wir uns nicht ein, ebensowenig wie wir uns anern mit Ausdrücken operieren, die Mächtigkeiten sehen wollen, die einfach nicht vorhanden sind. Denn nicht nur um die jetzt in Rede stehenden hunderttausend Kinder handelt es sich, sondern um die sämtlichen späteren Jahrgänge. Wenn man nämlich einmal die falsche Auslegung trifft, daß das Schulkompromiß auch für 1927/28 anwendbar ist, so wird man sich kaum durch irgendwelche juristische Struwwelpfeiler zurückhalten lassen, es auch für später anzuwenden. Das sollte wenigstens von Juristen erkannt werden.

Die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien hat nur eine Forderung zu stellen, daß mit aller Entschiedenheit dieser neuen Vergewaltigung des Elternrechts durch Drapane des Völkerbundes unter dessen Aufsicht dieses Recht geschnitten wurde, entgegengetreten wird, ohne untersuchen zu wollen, wen die Verantwortung dafür trifft, daß es überhaupt soweit kommen konnte.

## „Hier stimmt etwas nicht.“

### Ein wissenschaftliches Gutachten über Konnersreuth.

In der neuesten Nummer der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ veröffentlicht haben der außerordentliche Professor für Psychiatrie an der Universität Erlangen, Dr. G. Ewald, einen Untersuchungsbericht nebst gutachtlicher Stellungnahme über die Stigmatisierung von Konnersreuth. Damit wird zum erstenmal eine authentische, kritische ärztliche Beurteilung bekannt, die alle bisherigen Äußerungen an Umfang, Genauigkeit und Sachlichkeit übertrifft. Erst jetzt ist es möglich, hinter die Kulissen zu sehen, und was dem Einsichtigen schon längst erkennbar war, zu erfahren, daß der ganze Fall der Stigmatisierung von Konnersreuth lediglich in das Gebiet des Glaubens, nicht in das des Wissens gehört. Wir geben das Resümee des umfassenden Gutachtens von Professor Ewald im folgenden wieder:

„Angesichts dieser Tatsachen kann ich trotz aller Anerkennung der offenbar ehrlichen Bemühungen exakter Beobachtung von allen Seiten nicht über den Eindruck hinweg, daß hier irgend etwas nicht stimmt. Ich selbst habe bei Annahme, daß die Beobachtung wirklich streng durchgeführt wurde, ein Loch in der Beobachtungsvorrichtung zwar nicht entdecken können; aber es muß ein solches noch vorhanden sein; es kann den Schwestern innerhalb des Konnersreuther Waisens so gut entgangen sein, wie mir. Ich muß daher meine von Anfang an erhobene Forderung erneut wiederholen, daß Überwachung der Theresen-Neumann in einer neutralen Klinik oder einem neutralen Krankenhaus unbedingt erforderlich ist, wenn sich die Wissenschaft überhaupt weiter für diesen Teil der Stigmatisierung der Theresen interessieren soll. Mir ist wohl bekannt, daß auch von anderen Stigmatisierten ähnliche Wunderdinge hinsichtlich Nahrungs- und

Flüssigkeitsaufnahme berichtet wurden. Einige, die überwacht wurden, wurden entlarvt. Andere sind überhaupt nicht bewacht worden. Bestätigen sich in der Klinik die ungetrübten Angaben der Theresen, was vorerst ungläublich erscheint, so würde sich die Wissenschaft vor ganz neuen Fragestellungen finden. Bis dahin lehne ich — und mit mir jedenfalls jeder andere Naturwissenschaftler auch — die Anerkennung der vorgelegten Stoffwechselverhältnisse als nicht auf wissenschaftlich einwandfreier Basis gewonnen und nicht hinreichend geklärt, ab. Dem Arzt aber muß es hohe Zeit erscheinen, daß der Kult, der mit Theresen getrieben wird, und der eine Gesundung der Kranken verhindert, endlich einmal ein Ende findet.“

### Konnersreuth gehorcht.

Von zuständiger Seite wird der Berliner „Germania“ geschrieben:

Die Anordnung des Kapitularkassars der Diözese Regensburg, daß in Konnersreuth keine Besuche bei Theresen-Neumann mehr stattfinden sollen, wird von „Theresen“, ihren Eltern und dem Ortspfarrer, wie es vor- auszugehen war, gewissenhaft befolgt.

Die „Grenzzeitung“ in Waldbassau Nr. 254 vom 5. November 1927 schreibt: „Herr Pfarrer Raber teilte uns mit, daß er sich an den Wunsch des Ordinariats strikte halten werde, und daß in Zukunft keine Besucher, außer mit Erlaubnis des Ordinariats Regensburg, vorgelassen werden. Konnersreuth wird gehorcht.“

Das Ordinariat Regensburg lehnt all die zahlreichen Besuche um einen Besuch in Konnersreuth ab. Eine Leute, welche der Anordnung der Bischöfe Bayerns nicht Rechnung tragen wollen, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie eine persönliche Reise unternehmen. Kardinal Faul-

haber sagte zutreffend in seiner Predigt über Konnersreuth, „die Leute sollen die heilige Messe besuchen, statt nach Konnersreuth zu wallfahren.“

## Briefkasten der Redaktion.

Gustav J., Bromberg-Jägerhof. Wir nehmen an, daß es sich bei der Summe von 5851 nicht, wie Sie schreiben, um Bloß, sondern um Mark handelt. Wenn Sie sich als Selbstschuldner be- kennen, so haben Sie etwa 60 Prozent = 4333,20 M. zu zahlen.

R. D. 120. 1. Sie müssen bei der Anlage des Grabens einen Werkschuh = 1 Fuß von der Grenze fortbewahren. 2. Beschränkungen hinsichtlich der Anlage von Stachelbräunungen und ähnlichem beziehen sich unseres Wissens nur auf öffentliche Wege, Fußwege usw. Im Allg. Landrecht, 1. Teil, achter Titel, § 73, wird bestimmt: „Bauanlagen auf Straßen, wodurch Gefährde, Reibung oder Fährde Beschädigungen ausgesetzt werden, soll die Obrigkeit nicht dulden.“ Wir glauben daß ein Abstand von 1 1/2 Fuß von der Grenze, auf freiem Felde, vollkommen genügt.

W. J. G. M. An Kapital haben Sie 70,88 M., und an Zinsen bis zum Schluß dieses Jahres 15,80 M., zusammen also 86,68 M. zu zahlen. Da Sie dem Gläubiger das Geld nicht gelöst haben, ist er nicht verpflichtet, es anzunehmen. Aber bar Geld laßt heute, und so wird er wohl mit sich reden lassen, besonders wenn Sie es ihm nebst Zinsen bis Ende des Jahres sofort auszahlen.

A. G. 89. 1. Maßgebend für die Wertberechnung eines Wechsels ist sein Fälligkeitstermin; bei Wechseln, die vor dem 28. 4. 24 fällig waren, wird der Wert nach der Skala des § 2 des Aufwertungsgesetzes berechnet, und auf dieser Basis erfolgt die Aufwertung auf 10 Prozent. Die dem Wechsel zugrunde liegende Forderung kann aber höher aufgewertet werden. Wechsel, die bei Erlaß des Aufwertungsgesetzes noch nicht fällig waren, werden überhaupt nicht aufgewertet. 2. Neuere Verordnungen über Wechsel betreffen unseres Wissens nur die Stempelabgabe von Wechseln, berühren aber das Wechselrecht an sich nicht. Die Verordnungen bestimmen, welche Wechselformulare mit Rücksicht auf die Stempelsteuer bei neuen Wechseln zu verwenden sind. Alte Wechsel kommen hier nicht in Frage.



### Der Zustand der polnischen Eisenbahnstrecken.

„Wir haben uns daran gewöhnt, in den Zeitungen Nachrichten über Eisenbahnunfälle und Unglücke zu lesen, die immer mit der stereotypen Bemerkung schließen: „Der Zug entgleiste aus unbekannten Gründen“. Meistens wird in dem Bericht dann noch eine energische Untersuchung angefragt, das Publikum geht aber über dem Lesen der Notiz zur Tagesordnung über. Einige zerstörte Waggons und einige Verletzte und Tote — das rührt die Öffentlichkeit der Nachkriegszeit nicht mehr.

Eine summierte Statistik der Unglücksfälle und Unfälle ist vielsagender. In den Jahren 1922/25 fielen 5381 Personen Eisenbahnunglücksfällen zum Opfer, wovon 3950 verwundet und 1431 getötet wurden. Außerdem wurden 8170 Jahreinheiten zerstört. (Die Zahlen fügen sich auf die offizielle Statistik des polnischen Verkehrsministeriums.) In der Statistik interessiert besonders die Rubrik „Entgleisungen“, und zwar deshalb, weil dabei in den Jahren 1922/25 insgesamt 6475 Wageneinheiten, also 80 Prozent der bei Eisenbahnunfällen überhaupt zerstörten, vernichtet wurden. Außerdem findet sich in dieser Rubrik besonders oft die Bemerkung „aus unbekannten Gründen“.

Es ergibt sich, daß die Entgleisungen von Jahr zu Jahr einen größeren Prozentsatz der Gesamtsunfälle darstellen. Im Jahre 1922 waren es nur 49,5 Prozent, 1923 schon 53 Prozent, 1924: 59 Prozent und 1925 bereits 60 Prozent. Die Statistik läßt keinerlei Erklärungen für die „unbekannten Gründe“ durchblicken. Fehler an den Wagen kommen hier nicht in Frage, denn der Statistik der Eisenbahnverwaltung zufolge verbessert sich der Wagenpark ständig, während die Zahl der Entgleisungen ständig wächst. Nachlässigkeit des Eisenbahnpersonals oder Überlastung kann ebenfalls nicht der Grund sein, da das Eisenbahnministerium hier sehr eingehende Instruktionen herausgegeben und die Aufsicht verdoppelt hat.

Der Grund muß also wo anders liegen: und zwar in dem ständig sich verschlechternden Zustand des Strecken-Oberbaus insbesondere der Schienen, verursacht einesseits durch die Vernachlässigung der Schienen, andernteils durch den Gebrauch zu leichter Schienenprofile. Abgesehen von der anormalen Belastung der in Gebrauch befindlichen Schienen, treten bei ihnen Risse und Brüche ein, die die Ur-

Ein solcher Sachverhalt erfordert eine schnelle und gründliche Besserung, da er als gefährlich für den Verkehr und die Reisenden unumgänglich geduldet werden kann. Das Verkehrsministerium hat zwar mehrmals Pläne zur Schienenauswechslung ausgearbeitet (im Jahre 1924 z. B. eine fünfjährige Auswechslung), bisher wurde sie aber noch niemals ausgeführt.

Die Annahme, daß die Ursache für den größten Teil der Eisenbahnunfälle in Polen der schlechte Zustand des Strecken-Überbaues und daß der hohe Prozentsatz der Entgleisungen eine anormale Erscheinung ist, bestätigt auch die deutsche Eisenbahn-Unfallstatistik. Aus dieser geht hervor (Bericht des Berliner Generalkonsuls St. Zielinski für das Jahr 1924), daß das Verhältnis der Entgleisungen zu den anderen Eisenbahnunfällen sich in Deutschland wie etwa 12—15 zu 100 verhält.

Der Stand des Strecken-Überbaues in Polen ist also anormal und erfordert eine sofortige Aufbesserung.“ Soweit die „Agencia Wschodnia“. Wir enthalten uns jedes Kommentars zu diesen Ausführungen. Es sei nur kurz daran erinnert, daß die polnische Öffentlichkeit anläßlich der Vermutungen einiger deutscher Blätter, der Grund des großen Stargarder Eisenbahnunglücks 1925 sei der mangelhafte Zustand der Strecke gewesen, sich in wüsten Schmähungen gegen die deutschen „Denunzianten“ erging. Wegen Abdruck eines solchen, angeblich das Ansehen des polnischen Staates im Ausland herabsetzenden Artikels über das Unglück hatte sich bekanntlich auch die „Deutsche Rundschau“ vor einiger Zeit zu verantworten.

Die von marokkanischen Eingeborenen gefangenen sechs Europäer sind nunmehr sämtlich freigelassen worden. Die Übergabe Steegs und Maillets, sowie der beiden Damen Proforow und Steinheil erfolgte in Asiba, die der beiden Töchter des ermordeten Beamten Arnaud auf dem vorgeschobenen französischen Posten Aguenenns. Die Höhe des Lösegeldes wird geheim gehalten; der Betrag soll aber nicht so groß sein, wie man in der letzten Zeit erzählt hatte. Die beiden Töchter Arnauds wurden nach Beni-Mellal gebracht und

Der Pariser Berichterstatter der „Vos. Zeitg.“ weiß dagegen eine Meldung aus Casablanca wiederzugeben, wonach die französische Regierung für die Freigabe der von den Räubern verschleppten sechs Europäer nicht weniger als 7 Millionen Frank bezahlen mußte. Da die Eingeborenen nur einen Teil dieser Summe in Papiergeld annehmen wollten, waren mehrere Lastautos mobil notwendig, um die Säcke mit den Silbermünzen nach den für die Übergabe der Gefangenen vereinbarten Stellen zu transportieren.

Die Pariser Rechtsblätter knüpfen an diese Mitteilung neue scharfe Angriffe gegen den Generalgouverneur von Marokko, den Senator Steeg, den sie für die Unsicherheit in der französischen Zone verantwortlich machen. Sie geben der Befürchtung Ausdruck, daß, nachdem der Raub von Europäern sich als ein so einträgliches Geschäft erwiesen habe, die noch nicht unterworfenen Stämme des Südens sich künftig systematisch auf dieses Handwerk verlegen würden.

Der Indiensflug in Polen abgebrochen.

Die britischen Flieger McIntosh und Hindler, die auf ihrem Fluge nach Indien am Mittwoch eine Notlandung in Südpolen machen mußten, wurden auf ihrem Weiterflug nochmals gezwungen, in der Nähe von Miana bei Lemberg niederzulaufen. Bei der Landung brach einer der Flügel der Maschine, hierbei wurden zwei Zuschauer verletzt. Die Maschine ist so schwer beschädigt, daß an einen Weiterflug nicht zu denken ist. Die polnischen Militärbehörden übernahmen die Sorge für das Flugzeug. Die Flieger selbst begaben sich nach Lemberg, um von dort nach London zurückzukehren.

Die gestörte Jaza-Oper.  
Die Aufführung der Jaza-Oper „Sonny spielt auf“ von Krenkel im Kasseler Staatstheater wurde durch Sabotageakte gestört.

Roniż — Chojnice. \* G. Nallo n. Notecia.



# Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angedeutet.

Bromberg, 22. November.

## Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für Osteuropa anhaltenden Frost und streichweise leichte Schneefälle an.

## Die Bautätigkeit in Bromberg.

Im Gegensatz zu anderen Städten liegt die Bautätigkeit in Bromberg noch immer danieder, wenn auch im letzten Sommer eine kleine Belebung zu verzeichnen war. Die private Bautätigkeit beschränkt sich auf einige kleine Villen, während die Stadt bereits an den Bau von Wohnhäusern herantreten konnte. Aber diese Bauten sind immerhin nur ein Tropfen auf den heißen Stein der Wohnungsnot.

Seit Beendigung des Krieges wurden bisher nur von der Stadt erbaut: 8 Wohnhäuser in der Zepelinstraße mit 16 Dreizimmer-Wohnungen; 1 Haus in der Conradstraße mit 8 Drei- und 1 Zweizimmer-Wohnung und Nebengelaß; 10 Häuser in Müllershof und 10 Häuser in Jagdschütz mit zusammen 40 Zweizimmer-Wohnungen mit Stall und Gärten; 2 Häuser in der Schifferstraße mit 80 Drei-, Zwei- und Einzimmer-Wohnungen; 3 Villen an der Eisenhartstraße zu je 2 Fünf-Zimmerwohnungen. Der Bau der genannten Häuser kostete 1.800.000 Mk.

Im Bau befinden sich zurzeit: Das Altersheim in der Jakobstraße, an der Wismanushöhe gelegen; 3 kleine Häuser an der Waldstraße mit insgesamt 12 Wohnungen zu 1 Zimmer und Küche; 1 Wohnhaus mit 24 Wohnungen zu 1 Zimmer und Küche; 1 Brausebad in der Adlerstraße mit 11 Brausen und 2 Wannen für die Männer-Abteilung und 7 Brausen und 4 Wannen für die Frauen-Abteilung. Außerdem enthält der Bau 2 Wohnungen zu 3 Zimmern.

Projektiert sind ferner folgende Bauten, über deren Finanzierung die Stadtverordnetenversammlung zu beraten haben wird: 1 Haus in der Thorerstraße mit 2 Wohnungen zu 2 Zimmern und 2 Wohnungen zu 1 Zimmer und Küche; 1 Haus am Bülow-Platz mit 3 Wohnungen zu 4 und 3 Wohnungen zu 2 Zimmern mit Nebengelaß; ein Haus in der Bachmannstraße mit vier Wohnungen zu 4, 4 Wohnungen zu 5 und 4 Wohnungen zu 2 Zimmern mit Nebengelaß. Ferner sind vorgesehen einige Häuser in der Horststraße mit 53 Wohnungen zu zwei Zimmern, einige Häuser in der Thorerstraße mit 58 Einzimmer- und 20 Dreizimmer-Wohnungen und 4 Häuser mit 6 Wohnungen zu 3 und 14 Wohnungen zu 4 Zimmern. In den projektierten Gebäuden wird ein Kapital von 2.691.000 Mark investiert werden.

An der schon erwähnten kommenden Stadtverordnetenversammlung wird man auch über die Aufnahme von Krediten für den Bau bzw. Ausbau folgender Gebäude zu beraten haben: Fortbildungsschule (800.000 Mk.), Volksschule in der Bahnhofsstraße (360.000), Ausbau der Volksschulen in Reichelsfelde und Nagerhof (400.000), Turnhalle für die Fortbildungsschule (100.000) und Bau einer Haushaltungsschule (250.000). Diese Kredite werden zusammen eine Höhe von 1.910.000 Mk. erreichen.

Bis jetzt ist in Bromberg also herzlich wenig gebaut, dafür um so mehr projektiert worden. Aber es scheint, daß man jetzt endlich an die Verwirklichung der Pläne herangehen will. Der Herbst trägt uns das neue Frühjahr und die dann wieder einsetzende Bauzeit beweisen.

Der Wasserstand der Weichsel betrug heute bei Frahemünde + 3,56 Meter, bei Thorn etwa + 1,40 Meter.

Bromberger Schiffsverkehr. Durch Brahemünde kamen im Laufe des gestrigen Tages ein beladener Dampfer, zwei Dampfer und ein Motorboot.

In Aus dem Gerichtssaal. Vor der zweiten Strafkammer des Bezirksgerichts hatten sich die Arbeiter Paul Karczewski und Franz Kielar aus dem Kreise Kolmar zu verantworten. Ersterer stahl aus dem Bodenraum eines Hauses verschiedene Fahrradteile; der zweite Angeklagte verleitete ihn zu dem Diebstahl und nahm ihm die gestohlenen Gegenstände ab. Das Gericht verurteilte Karczewski zu zwei Wochen, Kielar zu zwei Monaten Gefängnis. — In der Berufungsinstanz verhandelte die dritte Strafkammer des Bezirksgerichts wegen Betruges gegen den Vermittler Eduard Jazwinski von hier. J. wurde vom hiesigen Kreisgericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Er ist beschuldigt, einen hiesigen Chauffeur geschädigt zu haben, indem er eine Fahrt unternommen und nicht das vereinbarte Fahrgeld gezahlt hatte. Die Berufung des Angeklagten wurde verworfen. — Der Vermittler Stanislaw Chaberski aus Labischin wurde beschuldigt, in einem hiesigen Lokal einem Maliszewski einen Gelbbetrag entwendet zu haben. Das Kreisgericht fällt ein freisprechendes Urteil, worauf die Staatsanwaltschaft Berufung einlegte. Es wurde auch vor dem Berufungsgericht kein positiver Beweis eines Diebstahls erbracht. Die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde daraufhin verworfen. — Der Kellner Ludwig Smidowicz aus Posen verantwortete in einem hiesigen Lokal ein Hazardspiel. Das Kreisgericht verurteilte ihn zu vier Wochen Haft. Die Berufung des Angeklagten wurde verworfen. — Wegen Körperverletzung wurde der Händler Josef Msciszewski aus Mroschitz vom Schöffengericht in Ratel zu 50 Mk. Geldstrafe oder fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte gibt an, von dem Verletzten selbst mit Steinen beworfen worden zu sein. Er schloß sich zur Wehr. Der Staatsanwalt beantragte trotzdem Verurteilung der Berufung, das Gericht nahm Notwehr an und sprach den Angeklagten unter Aufhebung des Rateler Urteils frei.

Selbstmord hat heute Nacht die 30-jährige Ehefrau Toni Koppens, Schillerstr. 6, begangen. Sie hatte am Abend des gestrigen Tages die Gaskammer geöffnet. Als man sie heute Morgen fand, war der Tod bereits eingetreten, sodaß der herbeigerufene Arzt keine Hilfe mehr leisten konnte. Die Ursache des Selbstmordes ist unbekannt, doch dürfte Nervenzusammenbruch angenommen werden, da die Tote seit langem nervenkrank war.

Einbrecher drangen in den Stall des Franz Polaszewski, Berliner Chaussee 137, ein und stahlen ein Herrenfahrrad.

In einem Zusammenstoß kam es gestern um 1.30 Uhr in der Danzigerstraße, in der Nähe der Autotaxen-Parkstelle, dort fuhr ein Auto gegen eine Straßenbahn, wobei das Auto erheblich beschädigt wurde. Personen kamen nicht zu Schaden.

Durch einen Taschendieb bestohlen wurde hier in einem Lokal ein Paul Podganski aus Gorden; man entwendete ihm eine Brieftasche mit 68 Mark.

Drei Diebe wurden verhaftet, die am 15. d. Mts. aus dem Garten des Sägewerks „Wiska“ ein Bronzestandbild, Hund und Reh, entwendeten, das einen Wert von 1500 Mk. darstellte. Die Diebe zerlegten das Standbild und verkauften es an einen Almetall-Händler; es sind dies Viktor

Marciniak, Wacław Kantewski und Edwin Wiczowski.

## Bereine, Veranstaltungen u.

D. G. f. A. u. B. Heute, abends 8 Uhr, spricht im Zivilkassino Herr Paul M. Merbach über die „Aussicht der Theaterdeformation“ (mit Lichtbildern). P. M. Merbach war der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung der Magdeburger Theaterausstellung 1927 und hat das Material für diese erfolgreiche Ausstellung selbst gesammelt. Er bietet uns heute einen Querschnitt durch den Entwicklungsgang des deutschen Theaters seit den Tagen der mittelalterlichen Passionsspiele bis zu unserer unmittelbaren Gegenwart. (14535)

Liedertafel. Heute, Dienstag, keine Übungsstunde.

Birnbaum (Wiedzychów), 20. November. Vier Jahre schuldlos angeklagt! Vor der siebenten Strafkammer in Posen wurde am Freitag gegen den Zigarrenfabrikanten Spettman von hier verhandelt, dem zur Last gelegt wurde, f. Z. betrügerische Manipulationen begangen zu haben, indem er Zigarren seiner früheren Fabrik in Umlauf gebracht habe, die zu niedrig versteuert waren. Die Verhandlung hatte erwiesen, daß die dem Beklagten gemachten Vorwürfe absolut grundlos waren und jeder Grundlage entbehrten. Der Beklagte und drei Mitangeklagte wurden freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Damit ist ein Rechtsstreit beendet, der nach nahezu vierjähriger Dauer die Schuldlosigkeit der Angeklagten erwiesen hat.

Vissa (Kefano), 21. November. Großfeuer. Sonntag Nacht gegen 2 Uhr brach aus unbekannter Ursache in der auf der Mühlstraße gelegenen Großkaffeerösterei „Kama“ der Firma Bieganski Grobberkei ein Feuer aus, welches trotz sofortiger Rettungsarbeiten der Feuerwehr das zweistöckige, Kaffeebrenner Daniel gehörige Gebäude vollkommen vernichtete. Der entstandene Maschinen- und Materialschaden beläuft sich auf 30.000—35.000 Mark. Der Gebäudeschaden selbst ist durch Versicherung gedeckt.

Mogilno, 20. November. Überfall. Vor einigen Tagen wurde in Roslau die Postagentin Fräulein Bengert von einigen Banditen überfallen und ihrer Burschenschaft, bestehend aus 800 Mark, beraubt. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

ak Ratel (Ratel), 20. November. Am heutigen Sonntag waren die Gräber auf den evangelischen Friedhöfen fast sämtlich schon geschmückt. Überall sah man Kränze oder Blumen, ein Zeichen dafür, daß die Lebenden ihrer teuren Entschlafenen in Liebe gedenken. — Am Freitag in der Mittagsstunde ertönten die hiesigen Feuer sirenen. Es brannte Ruch im Schornstein des Eisehhauses in der Brombergerstraße. Größere Gefahr war bald beseitigt.

Santomischel, 20. November. Am vorigen Sonntag beging die hiesige evangelische Gemeinde das Fest ihres 150-jährigen Bestehens zugleich mit der Einweihung der neuen Glocke. Die Gemeinde Santomischel ist von deutschen Flüchtlingen gegründet und erhielt von ihrem Grundherren, Fürsten Carl von Rostk, trotz der damals herrschenden Intoleranz gegen die Evangelischen, weitgehende Förderung. Die baufällige gewundene Kirche mußte nach der Revolution vom Starosten zurückgekauft werden, so daß die neue Glocke lediglich ein Umlauf der alten ist. Die von der Danziger Werft ausgeführte Glocke trägt jetzt die Inschrift: „1917 in harter Zeit dem Vaterland geweiht, 1927 in Freud und Leid uns zur Ermutigung“. Die Glockenweihe in der blumengeschmückten Kirche vollzog Generalinspektendent D. Plan. Die Festpredigt hielt der Ortsgeistliche Pfarrer Ruch. Ein gemeinsames Festessen bei Frau Rittergutbesitzer Jounne vereinigte zum Schluß die Geistlichen mit den Mitgliedern der kirchlichen Körperschaften. fs. Volkstein (Volkstein), 20. November. In Tuchorzä ereignete sich bei dem Landwirt Stefan beim Dreischen ein bedauerlicher Unglücksfall, dem die 19-jährige Tochter zum Opfer fiel. Als die Tochter die Schutzvorrichtung an der Transmissionswelle wieder auflegen wollte, kam sie mit den Kleidern ins Getriebe und wurde wiederholt herumgeschleudert. Der Hinterkopf trug schwere Verletzungen davon. Ärztliche Hilfe war vergebens, da nach einer Stunde der Tod eintrat, ohne daß die Bedauernswerthe das Bewußtsein wiedererlangt hätte. — Anstelle des von Kirchplatz Bornia nach Kofelmo verlegten Lehrers Kandier ist die Lehrerin Schelski als zweite Lehrkraft dafelbst angestellt worden. — Heute nachmittags um 3 Uhr ertönte in unserer Stadt Feueralarm. In der Frauendächer Straße war im Mansardenzimmer des Hausbesitzers Franz Klie er der Kachelofen eingeschmolzen. Drei junge Mädchen, die in dem Zimmer weilten, flüchteten durch das Fenster und wurden von Passanten aufgefangen. Der entstandene Stubenbrand wurde durch die herbeieilende Feuerwehr sofort gelöscht. Der Sachschaden ist nicht sehr bedeutend.

## In Danzig Deutsche Rundschau

für Dezember 3 Gulden.

Einzahlung an Postfach-Konto Danzig 2528.

## Wirtschaftliche Rundschau. Deutsch-polnische Eisenbahntarifkonferenz in Lemberg.

In den letzten Oktobertagen fand in Lemberg eine Konferenz des deutsch-polnischen Eisenbahnverbandes unter Teilnahme der tschechoslowakischen, deutschen und polnischen Eisenbahnverwaltungen statt. Als Resultat dieser Konferenz wurde eine völlige Übereinstimmung zwischen allen Eisenbahnverwaltungen hinsichtlich der in nächster Zeit zur Ausgabe gelangenden Tarife für den deutsch-polnischen Warenverkehr sowohl hinsichtlich des direkten Verkehrs, als auch des Übergangsverkehrs durch die Tschechoslowakei und Österreich erzielt. Im einzelnen wurde festgelegt, welche Waren in den zukünftigen Tarifen aufgenommen werden und beschloß, daß die polnischen und deutschen Eisenbahnverwaltungen sich gegenseitig bis Ende Dezember die endgültigen Warenlisten bekanntgeben, für welche der erste Verbandstarif ausgegeben wird. Schließlich wurde beschlossen, auf welche Weise die Stationsgebühren verfürzt werden und festgelegt, daß jedes der beteiligten Länder die Stationsgebühr um eine gleichmäßige Quote bei normalen Tarifen und um zwei Pfennige bei Ausnahmetarifen für den Fall herabsetze, als bei der Tarifbildung auf beiden Seiten Ausnahmetarife zur Anwendung kommen. Man hofft, auf diese Weise eine Verbilligung der Transportpreise für die Interessenten und eine gleichmäßige Belastung der Transporte des deutsch-polnischen Eisenbahnverbandes von seiten beider Mitglieder zu erzielen. Schließlich wurden die Prinzipien für das Statut des deutsch-polnischen Eisenbahnverbandes festgelegt.

## Verhandlungen über die Holzexporte nach Deutschland.

Die „A. M.“ weiß zu melden, daß in den deutsch-polnischen Verhandlungen über ein einjähriges Handelsprovisorium das Einuhrkontingent für unbeschichtetes Holz nach Deutschland auf 2 Millionen Festmeter, für beschichtetes auf 1 Million Festmeter jährlich festgelegt wurde. Die polnische Delegation soll sich auf dieses Zugeständnis deutscherseits hin bereit erklärt haben, auf dem Gebiet der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland dem deutschen Standpunkt entgegenzukommen.

## Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 22. November auf 5,9214 Zlotn festgelegt.

Per Zlotn am 21. November. Berlin: Ueberweisung Markchau 46,825—47,025, Polen 46,825—47,025, Kottowik 46,825 bis 47,025, bar 46,825—47,225, Fürch: Ueberweisung 58,20, London: Ueberweisung 43,50, New York: Ueberweisung 11,25, Riga: Ueberweisung 61,00, Mailand: Ueberweisung 207, Prag: Ueberweisung 378, Budapest: bar 63,95—64,15.

Barischer Börse vom 21. Novbr. Umläge, Vertau—Kauf: Belgien —, Budapest —, Bukarest —, Oslo —, Selingfors —, Spanien —, Holland 369,20, 361,10 — 359,30, Gellings, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 43,47, 43,58 — 43,36, New York 8,90, 8,92 — 8,88, Paris 35,04, 35,13 — 34,96, Prag 26,41, 26,47 — 26,35, Riga —, Schweiz 171,95, 172,38 — 171,52, Stockholm 240,20, 240,80 — 239,60, Wien 125,70, 126,01 — 125,39, Italien —.

Ämtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 21. November. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,0075 Gd., —, Fr. New York —, Gd., —, Br., Berlin —, Gd., —, Br., Barichau 57,45 Gd., 57,60 Br., —, Noten: London —, Gd., —, Br., New York 5,197 Gd., 5,1228 Br., Berlin 122,297 Gd., 122,603 Br., Polen 57,50 Gd., 57,55 Br.

## Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskont.	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	in Reichsmark 21. November Geld	in Reichsmark 19. November Briele
5,48%	Buenos-Aires 1 Pe.	1,727	1,791
	Kanada 1 Dollar	4,19	4,198
	Japan 1 Yen	1,924	1,922
	Konstantin 1 Trl. Bld.	20,92	20,96
	Rairo 1 Trl. Bld.	2,178	2,182
4,5%	London 1 Bld. Ster.	20,402	20,442
3,5%	New York 1 Dollar	4,1840	4,1845
	Rio de Janeiro 1 Mlt.	0,498	0,500
	Uruguay 1 Goldpel.	4,293	4,304
4,5%	Amsterdam 100 Fl.	169,01	169,35
10%	Äthen	5,544	5,556
4,5%	Brüssel-Unt. 100 Fr.	38,40	38,52
6%	Danzig 100 Gld.	81,54	81,54
6,5%	Helsingfors 100 Mk.	10,53	10,56
7%	Italien 100 Lire	22,765	22,765
7%	Kuwait 100 Din.	7,37	7,37
5%	Kopenhagen 100 Kr.	112,21	112,21
8%	Oslo 100 Kr.	20,53	20,53
5%	Oslo-Christ. 100 Kr.	111,12	111,14
5%	Paris 100 Fr.	16,45	16,45
5%	Prag 100 Kr.	12,402	12,402
3,5%	Schwiz 100 Fr.	80,85	80,71
10%	Sofia 100 Leva	3,022	3,024
5%	Spanien 100 Pes.	70,83	71,19
4%	Stockholm 100 Kr.	112,73	112,70
6,5%	Wien 100 Kr.	59,03	59,12
8%	Budapest 100 Kr.	—	73,28
8%	Warschau 100 Zl.	46,825	47,025

Züricher Börse vom 21. November. Ämtlich. Barichau 58,20, New York 5,1842, London 25,28, Wien 125,70, Italien 28,20, Belgien 72,38, Budapest 90,80, Helsingfors 13,07, Sofia 3,94, Holland 289,45, Oslo 137,80, Kopenhagen 139,00, Stockholm 139,70, Spanien 88,92, Buenos Aires 2,21, Tokio 2,38, Bukarest 3,20, Äthen 640, Berlin 123,73, Belgrad 3,13, Konstantinopel 2,75, Paris 20,38, Prag 15,37.

Die Bank Polst zählt heute für: 4 Dollar, an Scheine 8,85 Zl., do. fl. Scheine 8,84 Zl., 1 Bld. Sterling 43,27 Zl., 100 franz. Franken 34,89 Zl., 100 Schweizer Franken 171,18 Zl., 100 deutsche Mark 211,58 Zl., 100 Danziger Gulden 172,65 Zl., tschech. Krone 26,29 Zl., österr. Schilling 125,13 Zl.

## Produktenmarkt.

Ämtliche Notierungen der polener Getreidebörse vom 21. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zlotn: Weizen 46,25—47,25, Roggenkleie 27,00—28,00, Haagen 38,25—39,25, Nibien 59,00—60,00, Roggenmehl (65%) 58,25, Harttrocken 5,70—5,90, Roggenmehl (70%) 56,75, Weizenmehl 65% 70,00—72,00, Futtererbsen 22,00—24,00, kleine Speiserbsen 32,00—35,00, Futtererbsen 22,00—24,00, Beluchten 21,00—22,00, Weizenbrot 21,00—22,00, Weizen 14,50, do. gelb 14,75—15,50, Rapstuchen 17,40—17,60, Feinfeuchter 22,60—22,80, Trodenchne 10,80—11,00, Sonachrot 20,45—20,70, Kartoffelflocken 24,10—24,60.

Tendenz für Weizen ruhig, Roggen fester, Weizenmehl behauptet, Roggenmehl etwas fester, Weizen- und Roggenkleie behauptet.

## Materialienmarkt.

Metalle und Metallzeugnisse. Barichau, 21. November. Es werden folgende Orientierungspreise (in Zlotn je Kg.) notiert: Buntkupfer in Blöden 14,00, Stüttenblei 1,80, Stüttenzinn 1,42, Zinkblech (Grundpreis) 1,60, Antimon 3, Stüttenaluminium 3,10, Kupferblech (Grundpreis) 4,35, Messingblech 3,60—4,50 Zl.

Berliner Metallbörse vom 21. Novbr. Preis für 100 Kilo: Kupfer in Gold-Mark, Elektrolytkupfer wirebars, prompt cif. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 130,75, Remalte-Plattenszinn von handelsüblicher Beschaffenheit —, Originalstübenaluminium (88/99%), in Blöden, Walz- oder Drahtbarren 20, do. in Walz- oder Drahtbarren (99%), 214, Reinnickel (98—99%) 350, Antimon-Regulus 92—97, Feinblei für 1 Kilo, fein 79,00—80,00.

## Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel am 21. November: Arlau — 2,22 — (2,18), Graubenz — 1,64 — (1,32), Zamichost — 1,40 — (1,45), Rurzebrat — 1,92 — (1,58), Barichau — 1,64 — (1,73), Montau — 1,10 — (0,76), Bock — 1,40 — (1,51), Biela — 1,04 — (0,68), Thorn — 1,40 — (1,51), Dirichau — 0,76 — (0,33), Gorden — 1,61 — (1,50), Einlage — 2,18 — (2,32), Culm — 1,50 — (1,26), Schiewenhorst — 2,40 — (2,50).

(Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.)

## Eisbericht vom 21. November.

Zawichost eisfrei Warichau und Bock Grundeisstreifen in 2/3 Strombreite, von km 718—849 Grundeisstreifen in 2/3 Strombreite, von km 718 bis Mündung Grundeisstreifen in 1/3 Strombreite.

Hauptredakteur: Gottfried Starke, verantwortlicher Redakteur für den redaktionellen Teil: Bogdanowski, für Anzeigen und Nekrologie: Edmund Roganowski, gedruckt und herausgegeben von A. Dittmann & Co. in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 240.



Die Verlobung ihrer einzigen Tochter **Else** mit dem Diplom-Landwirt und Kaufmann Herrn **Arno Klickow** beehren sich ergebenst anzuzeigen.  
Neuenburg, im November 1927  
Pfarrer R. Galow  
u. Frau Marie geb. Malzahn.

Meine Verlobung mit Fräulein **Else Galow** beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.  
Berlin-Nizza. 14512  
**Arno Klickow.**

Nach langjähriger spezialärztlicher Ausbildung, zuletzt als Assistent an den Universitäts-Kliniken in Warschau und in Berlin, habe ich mich niedergelassen. 14402

**Dr. med. R. Pfeifer**

Spezial-Arzt für Hals-, Ohren- und Nasenkrankheiten

Bydgoszcz, ulica Dworcowa 56, I.  
Sprechstunden: 9 bis 11 und 3 bis 5 Uhr.

**Rostüme - Mäntel**

Spezialität

**Damen - Pelze**

fertigt an

**F. Drems, Bydgoszcz, Gdańska 151.**

**Pelze**

fertig, in Stücken und Fellen, für Konfektion u. Galanterie empfiehlt zu günstigen Bedingungen  
Magazyn Nowości, Bydgoszcz, Długa 33.  
Tel. 1700. 13042

In anerkannt bester Ausführung kaufen Sie preiswert und unter günstigen Bedingungen

**Prima Polstermöbel**

Speisezimmer. Herrenzimmer. Schlafzimmer  
Vorplatz-Möbel und Küchen

bei **F. Wolff, Möbelhaus** Bydgoszcz

14497 ulica Grunwaldzka Nr. 138.  
Eigene Werkstätten. Fachmännische Bedienung

**Schneeschuhe**

Kinder 15.00  
Damen 18.50  
Mercedes, Mostowa 2.

**Hypotheken**

reguliert mit gutem Erfolg im In- und Auslande  
**St. Banaszak,**  
Rechtsbeistand  
Bydgoszcz, 13721  
ulica Gieszkowskiego (Moltkestr.) 2.  
Telephon 1304.  
Langjährige Praxis.

**Uhrmacher**

Invalide, repariert Uhren zu mäßigen Preisen bei H. Kowalski ulica Hetmańska 13, I r 7483

**Hauschneiderin**

empfiehlt sich; täglich 2 Bloß. Springmann, Jackowskiego 2, 3 Tr. 7681

**Seiden-, Woll- u. Halbwollstoffe**

für Damen- und Herrenbekleidung  
empfiehlt in großer Auswahl zu staunend billigen Preisen  
Gdańska Nr. 25  
Ecke Elisabethstraße.  
**H. M. Schulz,**

**Rechts-Beistand**

**Dr. v. Behrens**  
Paß-, Hypotheken-, Steuer- und Gerichts- Schwierigkeiten. 13-53

**Damentaschen**

die neuesten Wiener Modelle

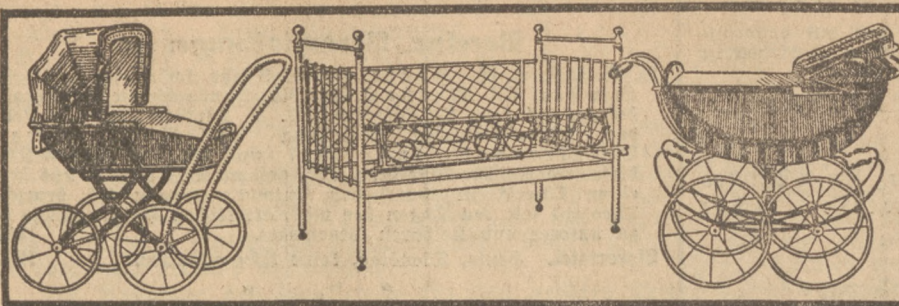
**Reisekoffer**

Autokoffer  
Reisekoffer  
Ledersack  
Mantelkoffer  
Schuldtaschen  
Manufakturkoffer  
Koffer  
Regenschirme  
Spazierstöcke  
Itets in groß. Auswahl zu billigen Preisen empfehle für Wiederverkäufer hohen Rabatt)  
Erstes Spezialgeschäft feiner Lederwaren und Reiseartikel 14305

**Z. Musiat,**

Bydgoszcz, ul. Długa 52. Tel. 1133.

Engros. Détail.



**KINDER** Sport- u. Promenaden-Wagen  
**Kinder-Betten**  
**Erwachsene-Betten**

sind seit mehr als 30 Jahren eine Spezialität unseres Geschäftes.  
Verlangen Sie bitte bei Bedarf unsere Preisliste. 14216

**F. Kreski** Das Haus der praktischen Geschenke.  
Bydgoszcz, Gdańska 7

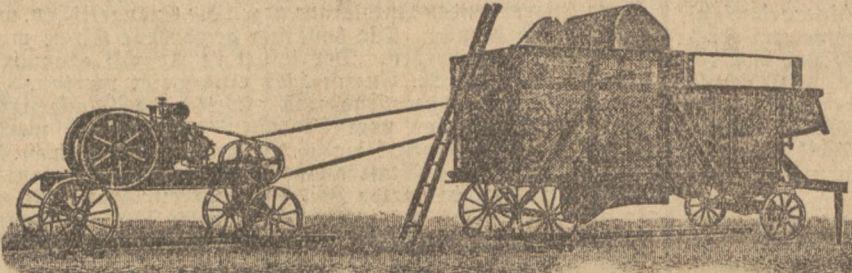
**Gonda**  
Dampf-Schokoladenfabrik  
Jagiellońska 11 Tel. 1782

Gnädige Frau:  
Durch unser  
**Schokoladenpulver**

ist für Sie ein angenehmes, billiges und für Ihre Kinder nahrhaftes Getränk geschaffen.

Zu haben per Pfund 2,40 zt bei  
Carl Behrend & Co., ul. Gdańska 181/7.  
Waldem. Lemke, 47 a.  
Jan Hojka, 66.  
Feliks Rose, Pomorska 2  
Karl Gross Fa. R. Loosch, Dworcowa 9.  
Jan Guszczak, 31.  
St. Makowski, Plac Piastowski.  
Ed. Cieśliewicz, Mazowiecka 8.  
Jan Grzybowski, Bocianowo 1.

Kaźm. Goc, Bocianowo 21.  
M. Zbikowski, 3 Bożowy Rynek 6.  
Gottl. Bahr, Toruńska 11.  
Fil. Carl Behrend & Co., ul. Długa 21.  
Witold Nawrocki, Poznańska 31.  
Adam Bukoit, Okole-Grunwaldzka 91.  
Paul Wedell, Sw. Józcy 7.  
Arthur Bahr, Rakielka 7.  
Kurt Heymann, Szubińska 11.  
B. Jagta, Jagiellońska 14.



**Motor-Dreschsätze**

sofort ab Lager lieferbar.

**Lokomobilen u. Dampf-dreschmaschinen**  
**Kleine Dreschmotore**

Nur erstklassige Fabrikate!

**Bracia Ramme, Bydgoszcz**  
Sw. Trójcy 14 b 13493  
Telefon Nr. 79

**Okocimer Biere**

sind bekannt und berühmt wegen ihrer Güte  
Helles (Märzenbier) Dunkles (Exportbier)

**PORTER**

in Flaschen und Fässern. 14299

Niederlage u. Vertretung der Okocimer Brauerei:  
Bydgoszcz, ul. Jackowskiego 37/39 :: Tel. 1505.

**EINE FRAGE!** 12042

Haben Sie Interesse für Schreibmaschinen, Büromöbel od. sonstige Büroartikel?  
Sie kaufen diese am vorteilhaftesten im Spezialhaus für moderne Büroeinrichtungen **ST. SKORA**  
1 SKA, Bydgoszcz, Adler-Hotel, Telefon 1175.



**Drahtgeflechte**  
4- und 6-eckig für Gärten u. Geflügel  
Drähte, Stacheldrähte  
Preisliste gratis  
**Alexander Maennel**  
Fabryka ogrodzeń drucianych  
Nowy Tomisz 3 (Woj. Pozn.)

**Violinunterricht**

erteilt J. Bettina  
Jackowskiego 15/16, II. r.

**Gerberei** 7468

zahl. Höchstpreise für sämtliche Felle u. Rohhaare. Gerbe u. färbe aller Art Felle. Aufarbeitung v. Beltschägen, Lager von Beltschägen. Wilczak, Malborska 13.

**Geldmarkt**

3500-4000 zt  
nicht deutlich, Hausbe- gegen hohe Zinsen auf kurze Zeit. Off. unter G. 14442 a. d. Gicht.

**Heirat**

**Landwirt**

Witwer, egl., 10 J. alt, m. 9000 zt Vermög. iow. Grundst., 40 Morg. gut. Mitteln, wünscht, des Alleinlebens müde, Heirat. Dam. im Alter von 36-39 J., w. m. Kind, n. ausgeh. u. wollern. gem. Off. unt. B. 14494 a. d. Gicht. d. Sta. einb.

**Wohnungen**

finden in Danzig gute und billige Aufnahme  
Plantengasse 11, prt., r.

**Speisezimmer- • Herrenzimmer- Schlafzimm- u. Kücheneinrichtungen**  
in verschiedenen Ausführungen u. in größter Auswahl empfiehlt zu billigen Preisen  
Paul Gronau, Tischlermeister, Lipowa 2

**Pianos**

Prämiert mit der 3726

**Goldenen Medaille**

kauft man am günstigsten in der  
**Piano-Centrale Pomorska 10**  
Tel. 1738 (vis-à-vis der Feuerwache).

**Belzmützen**

für Damen u. Herren; Neu- u. Aufarbeitung derjenigen. 7588

**Geheim. Bräuer**

Entdeckt 49.

**Schneiderin**, erit-

empf. sich in u. außer d. Hause. Symiowat.

Reia 7 Grätzr., 7590

**Schneebejen**

wie ich in Vortriege-

zeit geliefert habe, fert.

wieder an. 7528

**G. W. Mayhold,**

Bydgoszcz.

Wielkie Bartodzieje,

Mala 7.

Wo kann ig. Mädchen

eigene Wäsche

nähen lernen? Off. mit

Breisang. 101. u. 3. 7592

a. d. Gicht. d. Sta. erb.

**Empfehle**

mich zur Ausfüh. von

**Schirmreparaturen**

J. Haagen, Schirmmach.

Entdeckt 47, 2 Tr. I.

7551

**Reparaturen**

landwirtschaftl. Maschinen

werden billig u. sauber

ausgeführt. 7249

**f. Bernard,**

vormalis Binkowski,

Solec Kuj.

Dem geehrten Publikum v. Pruszcz und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich am 1. Dezember d. Js. mein

**Kolonial- u. Eisenwaren-Geschäft** 7885

eröffne. Werde bestrebt sein, meine werte Kundschaft durch reelle Bedienung stets zufriedenzustellen und bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Hochachtungsvoll

**Konrad Seidel**  
Pruszcz, Kr. Bydgoszcz.

Zu dem heute, Dienstag, d. 22. d. Mts. abends stattfindenden

**Burst- und Eisbeineffen**

ladet ergebenst ein 14521

**Wilhelm Sudwald Nachf.,** Inhab. G. Böhle,

Jagiellońska 9.

**Wohnungen**

Von sofort oder später

**1-2-Zimmer-**

**Wohnung u. Küche**

von ordentlichem Ehe-

paar ge sucht. Miete

kann auf 1 Jahr im

voraus gezahlt werd.

Renovierungs- u. Kosten

werden erlattet. Gefl.

Offert. unt. B. 11568 an

die Gicht. d. Sta. erbet.

**Civil-Kasino**

Gdańska 160a

Anerkannt bester

**Mittagstisch**

10 Kar en zt 13.50

**Deutsche Bühne**

Bydgoszcz, I. r.

Freitag, 25. Nov. 1927

abends 8 Uhr:

Neuheit! Neuheit!

**Der Paragraphe-**

**teufel**

Tragikomödie in 4 Akte

von Fritz Philipp.

Eintrittskarten für

Abonnenten Diens-

tag und Mittwoch in

Johnes Buchhandl.

Freier Verkauf Don-

nerst in Johnes Buch-

handlung, Freitag von

11-1 und ab 7 Uhr an

der Theaterkasse. 1449:

Sonntag, d. 27. Nov. 27

nachm. 3 Uhr:

**Fremden- u. Volks-**

**vorstellung**

zum letzten Male

zu kleinen Preisen:

**Der**

**Sukballionig**

Schwanz in 3 Akte

von Max Reiman

und Otto Schwarz

Eintrittskarten ab

Donstag bis einsch.

Sonabend in Johnes

Buchhandl. Sonntag

von 1-1 u. ab 2 Uhr an

der Theaterkasse.

die e. t. n. n.

**Kino Nowości** Premiere  
Mostowa 5  
Anfang um 6.45 und 8.50  
Prachtfilmes

**„Der verrufene Stadtteil von Algier“**

**Kino**  
Krystal  
6.40 - 8.45

heute, Dienstag, Premiere  
des mit Riesenerfolg in  
Europa aufgeführten neu-  
zeitl. Lustspiel-Schlagers:

**„Meine Frau tanzt  
„Charleston“**  
oder „Der gut-  
sitzende Frack“.

In 10 Akten gesungen  
Humors, komischen  
Einfällen, andau-  
ernden Lachsalven.

In den Hauptrollen:  
Der König des Humors  
**Reginald Denny**

und die unvergeßliche  
**Laura La Plante**  
a. a. Film „Weiße Nächte“.

Reiprogramm. 1431  
„Veriauchte Bräute“.  
Lustspiel in 2 Akten.  
Pathe-Wochenbeicht.

13. Okt.